

SOZIALISTISCHE ARBEITERZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kuhhandel geht weiter

Bisher kein Ergebnis von Hitlers Bemühungen

Am Dienstagvormittag bietet die politische Situation in der Frage der Regierungsbildung folgendes Bild:

Der Auftrag Hindenburgs an Hitler ist noch nicht als direkter Auftrag zur Bildung eines Reichskabinetts anzusehen, sondern Hitler hat zunächst die Aufgabe, die Möglichkeiten einer solchen Regierungsbildung zu klären. Wie man hört,

hat der Reichspräsident dieses Ersuchen an Hitler mit fünf Bedingungen verbunden.

Erstens ist festgestellt worden, daß die personelle Zusammensetzung des Kabinetts der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf. Zweitens behält sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkung auf die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des auswärtigen Amtes vor. Drittens verlangt der Reichspräsident die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms, viertens die Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen (d. h. zur früheren Selbstregierung des Landes Preußen) und fünftens keine Abänderung oder Abschwächung des Artikels 48 erfolgt. Außer diesen fünf Punkten hat der Reichspräsident keine weiteren Bedingungen gestellt.

Hitler hat am Montagabend in einem längeren Schreiben, das an den Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, adressiert ist, seine Auffassung dargelegt. Ueber den Inhalt dieses Hitlerschen Memorandums wird vorläufig nichts Näheres mitgeteilt. Wie man hört,

soll Hitler die Bedingungen des Reichspräsidenten nicht abgelehnt, wohl aber erklärt haben, daß er eine Regierung bilden wolle, die nicht eine „rein parlamentarisch gesicherte Mehrheitsregierung“ sei.

Das würde bedeuten, daß ein sogenanntes Präsidialkabinett unter nationalsozialistischer Führung gebildet wird.

Die Auffassung des Kreises um Hindenburg zu dieser Möglichkeit ist noch nicht offiziell bekannt, doch rechnet man damit, daß die Wahrscheinlichkeit für eine endgültige Verständigung Hindenburg-Hitler auf dieser Grundlage nicht allzu groß ist. Möglicherweise wird der Reichspräsident dann den Führer des Zentrums, Kaas, beauftragen, einen Versuch zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung zu unternehmen. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit zu rechnen, daß eine

Neuauflage der Regierung Papen, mit einigen personellen Veränderungen, zustandekommt und die Politik der Außerkräftsetzung der Reichsverfassung in verschärftem Maße fortgesetzt wird.

„Präsidialregierung“ unter einem Hugenberg oder „Mehrheitsregierung“ unter Führung der NSDAP — das sind also die beiden Möglichkeiten, die sich aus den bisherigen Verhandlungen herauskristallieren. Die eine Gef. hr. ist so groß wie die andere! Alarm für das Proletariat bedeutet diese Situation! Alle Organisationen in Kampfbereitschaft,

Vorbereitung einheitlicher Aktionen auf breiter Basis mit revolutionären Parolen, Stärkung des Einflusses der SAP in den Betrieben und in den Massenorganisationen: das sind die drängendsten Aufgaben der Stunde!

Das sind die Richtigen!

Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Staatssekretär Dr. Meißner im Auftrage des Reichspräsidenten die Herren von Oldenburg-Januschau und von Bergmarkien eine telegraphische Einladung nach Berlin ergehen lassen. Beide Herren haben am Sonntag längere Zeit mit dem Reichspräsidenten konferiert.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung. In der gesagt wird, entgegen anders lautenden Gerüchten sei die Volkspartei in ihren politischen Entschlüssen völlig frei und keineswegs durch ihr Wahlbündnis mit den Deutschnationalen irgendwie festgelegt. Diese Erklärung hat deshalb eine gewisse Bedeutung, weil sie darauf vorbereitet, daß die Volkspartei in der Frage der Regierungsbildung eine andere Haltung einnehmen könnte als die Deutschnationalen. Das würde unter Umständen die parlamentarische Grundlage für eine Mehrheitsregierung aus NSDAP, Zentrum, Deutscher Volkspartei und Christlich-Sozialem Volksdienst ergeben.

Für Nazis gilt kein Demonstrationsverbot!

Bis zum 2. Januar herrscht in Deutschland der sogenannte Burgfrieden, d. h., alle öffentlichen politischen Versammlungen sind für diese lange Zeit verboten. Nur für die Nationalsozialisten gelten solche Bestimmungen nicht. Trotz Burgfrieden, trotz Demonstrationsverbot und gegen die besonderen Bestimmungen der Bannmeile sind seit Tagen in Berlin in der Umgebung des Hotels Kaiser-

hof, in dem Hitler residiert, Tausende von nationalsozialistischen Anhängern versammelt. Während die Polizei gegen ein paar Dutzend Kommunisten, die irgendwo zusammen auftreten, sofort den Gummiknüppel in Bewegung setzt und sogar immer häufiger von der Schußwaffe Gebrauch macht, geschieht gegen diese nationalsozialistischen Horden, die den Straßenverkehr fast völlig lahmlegen und mit ihren provozierenden Rufen und Liedern andersgerichtete Straßenpassanten belästigen, natürlich nichts. Ja, die Polizei hat sogar gestern Herrn Dr. Goebbels die Erlaubnis gegeben, auf dem Wilhelmplatz eine Ansprache an seine Anhänger zu halten. Diese Zustände beleuchten wieder einmal deutlich, wie es in einem kapitalistischen „Rechtsstaat“ aussieht!

Schacht als Ratgeber Hitlers

Berlin, 21. November. CNB. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der bereits in den Mittagstunden etwas über eine Stunde an den internen Beratungen der Nationalsozialisten teilgenommen hatte, erschien am Nachmittag im Hotel Kaiserhof und wurde sofort nach den Räumen geleitet, in denen Hitler mit seinen Parteifreunden in dauernden Verhandlungen steht. Nach etwa einer halben Stunde verließ Dr. Schacht wieder das Hotel.

Über 200 Todesurteile polnischer Standgerichte!

Warschau, 21. November. ON. Die Zahl der Todesurteile, die von den polnischen Standgerichten seit ihrer Einsetzung im August vorigen Jahres verhängt wurden, ist, wie der „Robotnik“ mitteilt, auf über 200 gestiegen. Die meisten Todesurteile, zu denen noch eine ganze Reihe von Verurteilungen zu langjährigen Zuchthausstrafen kommen, wurden wegen Spionage gefällt und zwar handelte es sich meist um Spionage zugunsten der Sowjetunion, in einigen Fällen wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands. Der Präsident der Republik hat nur in wenigen Fällen von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht.

Kampf in der Schuhindustrie!

Ein unannehmbare Schiedsspruch

Berlin, 21. November.

Die Schlichtungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium über den Reichsmanteltarif der Schuhindustrie endigten mit einem Schiedsspruch, dessen genauer Wortlaut uns noch nicht vorliegt, der aber folgende Verschlechterungen vorsieht:

1. Beseitigung aller bisherigen tariflichen Hemmungen gegen Verschlechterung der Akkordsätze;
2. Beseitigung des Akkordgarantieversdienstes für ältere Arbeiter;
3. Ferienbezahlung nicht mehr in Höhe des Lohnes von 48 Stunden pro Woche, sondern nur in Höhe der geleisteten (meist verkürzten) Arbeitszeit.

Der Manteltarif soll bis 30. September 1933 Geltung haben.

Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs ist der 29. November.

Die Arbeiter der Schuhindustrie können diesen Abbauschiedsspruch auf keinen Fall annehmen. Die Verschlechterungen der Akkordbedingungen sind umso unannehmbare, als die überwältigende Mehrheit der Schuharbeiter im Akkord beschäftigt ist und so der unbeschränkten Willkür der Unternehmer ausgeliefert wäre. Mit dem Ablehnen des Schiedsspruches ist es aber nicht getan, die Arbeiter der Schuhindustrie müssen durchsetzen, daß von der Gewerkschaft und in allen Betrieben sofort die notwendigen Kampfmaßnahmen getroffen werden.

Völkerbunds- Bankerott

Mandschurei-Konflikt in Genf

Am Montag begann in Genf auf der 69. Ratstagung des Völkerbundes die Verhandlung über den Mandschurei-Konflikt auf Grund des bekannten Lytton-Berichts. Der Völkerbund hat seit seinem Bestehen schon immer gezeigt, daß er immer dann kläglich versagt, wenn er seine Tauglichkeit als „Wächter und Garant des Völkerfriedens“ und „Schützer der vergewaltigten Nationen“ beweisen sollte. Aber noch nie ist die Ohnmacht und der Bankerott des Völkerbundes so offen zutage getreten, wie jetzt gegenüber dem räuberischen Ueberfall Japans auf China, gegenüber dem Raub der Mandschurei. Die Führer des Völkerbundes wissen auch, daß sie, mit der Behandlung der Mandschurei-Frage heißes Eisen anfassen. Sie haben sich schon über ein Jahr um diese Frage herumgedrückt und würden sie am liebsten überhaupt nicht behandeln, wenn sie nicht durch China, das von Anfang an Mitglied des Völkerbundes ist, dazu gezwungen worden wären.

Um was handelt es sich? Nicht nur China, sondern auch Japan ist Mitglied des Völkerbundes, der in seiner Statuten vorsieht, daß kein Mitgliedsstaat einen anderen mit militärischen oder sonstigen Gewaltmitteln schädigen bzw. überfallen darf, sondern daß jede Streitfrage zwischen den verschiedenen Nationen der Entscheidung des Völkerbundes vorgelegt werden muß. Alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes haben durch ihren Eintritt in den Bund sich auch feierlich verpflichtet, auf Krieg und sonstige Gewaltmaßnahmen zu verzichten. Hätten Friedensverträge in der kapitalistischen Welt auch nur das Mindestmaß von Bedeutung, dann müßte der Völkerbundspakt schon ausreichen, um einen Ueberfall, wie ihn die Welt jetzt in China erlebt hat, unmöglich zu machen.

Aber es besteht gerade für China nicht nur der Völkerbundspakt, sondern es wurde 1921 auch noch der sogenannte Neunmächte-Pakt feierlich abgeschlossen, in dem neben anderen Großstaaten sich auch Japan unterzeichnet hat, die Unantastbarkeit der damaligen Grenzen Chinas, wozu auch unbeschränkt die Mandschurei gehört, bedingungslos anzuerkennen und zu verteidigen. Dadurch war also China noch über die Völkerbundfassung hinaus besonders „geschützt“.

Aber die imperialistischen Räuber kennen sich gegenseitig zu gut, und deshalb haben sie auf Betreiben von Amerika eine noch weitergehende „Sicherung“ geschaffen. Es ist der Kellogg-Pakt. In diesem Vertrag wurde unabhängig vom Völkerbund eine Gegenseitigkeitsverpflichtung fast aller maßgebenden Staaten der Welt dahingehend geschaffen, daß sich die Unterzeichner des Kellogg-Paktes verpflichteten, auf jede kriegerische Maßnahme gegen einen diesem Pakt angeschlossenen Staat zu verzichten. Nicht nur China, sondern auch Japan unterzeichnete den Kellogg-Pakt.

Trotz aller dieser feierlichen Verträge brach Japan im Oktober 1931 mit einer starken Truppenmacht in das chinesische Mandschureigebiet ein. Angeblich, um dort „Ruhe zu stiften“ und „geordnete Verhältnisse herzustellen“ wurden massenhaft Städte und Dörfer beschossen, mit Flugzeugen Brandbomben über die ganze Mandschurei und die dichtest besiedelten Gebiete geworfen und neben der Zerstörung von ungeheuren Werten Zehntausende von Menschen getötet. Der Ueberfall Japans erfolgte gerade während einer Ratstagung des Völkerbundes in Genf. Auf die Proteste des chinesischen Völkerbundvertreter antwortete Japan damals, daß es sich um keine kriegerische Aktion, sondern nur um eine „polizeiliche Maßnahme“ handle. Sobald die Ruhe hergestellt sei, würden die japanischen Truppen die Mandschurei wieder verlassen. Die Völkerbundstagung gab sich mit dieser Antwort zufrieden und faßte einen von niemand ernst genommenen Beschluß wonach Japan verpflichtet wird, seine Truppen wieder aus der Mandschurei zurückzuführen.

Japan dachte nicht daran, Umgekehrt, es hat seitdem seinen Eroberungsfeldzug plan-

mäßig fortgesetzt und durchgeführt, hat die Mandchurei auch formell von China losgerissen, einen eigenen Mandchu-Staat geschaffen, der von der ganzen Welt nicht anders als eine Provinz oder Kolonie Japans angesehen wird.

Der Sachverhalt liegt also ganz klar. Japan hat also nicht nur ganz eindeutig alle von ihm selbst abgeschlossenen Verträge gebrochen, sie als ein lästiges Stück Papier zerissen, es hat auch den Völkerbund in der denkbar schroffsten Form brüskiert und auf seine Beschlüsse gepfiffen. Hätte das Recht im Völkerbund auch nur einen Bruchteil dessen von Geltung, was der gesunde Menschenverstand darunter versteht, ja, hätten die maßgebenden Personen des Völkerbundes auch nur den Willen ihre eigenen Verträge ernst zu nehmen und hochzuhalten, dann müßte Japan als fluchwürdiger Vertragsbrecher schleunigst aus dem Völkerbund ausgeschlossen werden, und es müßten alle Kräfte der übrigen Völkerbundsstaaten eingesetzt werden, dem japanischen Räuber in den Arm zu fallen.

Aber wie sehen das Gegenteil. Obwohl die Sachlage ganz klar ist, hat der Völkerbund erst ein ganzes Jahr durch die Lytton-Kommission „Untersuchungen“ angestellt. Die Lytton-Kommission hat nicht gewagt, ein eindeutiges Urteil gegen Japan abzugeben. Und jetzt vor der Ratstagung wird dem Vertreter Japans gestattet, die Dinge so darzustellen, daß nicht Japan, sondern China der Angreifer sei, daß Japan weder den Völkerbundspakt, noch den Neunmächte-Vertrag, noch den Kellogg-Pakt und auch nicht den vorjährigen Beschluß des Völkerbundes verletzt hätte. Eine Tatsache gibt dem japanischen Vertreter ein Recht, vor den imperialistischen Führern des Völkerbundes so aufzutreten. Höhnisch fragte der Japaner die Engländer, Amerikaner und andere dortigen Staatsvertreter, ob sie bisher nicht auch andere Völker vergewaltigt hätten, ob nicht auch England, Amerika und andere Staaten wiederholt in die Gebiete anderer Völker eingedrungen wären. Das können die „Friedens“-Helden des Völkerbundes natürlich nicht abstreiten. Ist doch der Völkerbund selbst entstanden auf der Basis einer grandiosen Vergewaltigung zahlreicher Völker. Und so wird nicht nach Recht, sondern auch hier nach imperialistischen Machtbegriffen geurteilt. Japan hat gegenüber China die Macht und damit das Recht.

Das Recht spielt bei den jetzigen Verhandlungen in Genf nicht die geringste Rolle. Was dort eine Rolle spielt, sind lediglich die imperialistischen Interessen der einzelnen Großstaaten. Amerika ist nicht aus Friedens- und Rechtsgründen, sondern wegen Bedrohung seiner imperialistischen Interessen in China gegen Japan. England dagegen hat zur Zeit ein Interesse, die Militärmacht Japan gegen Amerika auszuspielen, mit dem es wegen verschiedener Fragen, insbesondere wegen der Kriegsschulden- und Rüstungsfrage, in Konflikt steht. So ist es nicht verwunderlich, daß trotz der ungeheuerlichsten Vertragsverletzung und Brückierung des Völkerbundes durch Japan, England als Vormacht des Völkerbundes ganz auf Seiten Japans steht. Die englischen Völkerbundsvertreter verbrämen diese Tatsache zwar mit allerlei salbungsvollen Redensarten. Das bedeutendste Organ der englischen Bourgeoisie aber, „Daily Telegraph“, vertritt den Standpunkt der englischen Imperialisten mit brutaler Offenheit, indem er schreibt:

„Es würde ein Verbrechen an der Menschheit (!) sein, wenn man die Mandchurei in den Zustand der Anarchie zurückfallen lassen wollte, nur um das Gesicht des Völkerbundes zu wahren. Japan müsse immer noch als aller Verbündeter betrachtet werden. Eher würde England aus dem Völkerbund ausscheiden, als sich in Feindseligkeiten mit Japan verwickeln zu lassen.“

Deutlicher kann wohl der Betrug, den die Bourgeoisie Englands wie aller kapitalistischen Staaten mit dem Völkerbund treibt, nicht dargelegt werden. Kommt hier in dieser Aeußerung der Gegensatz England-Amerika zum Ausdruck, so berührt der Mandchurei-Konflikt noch eine Reihe weiterer imperialistischer Weltgegensätze. Der entscheidende ist der Kampf aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion. Soweit diese Frage in Betracht kommt, unterstützen alle kapitalistischen Staaten, auch Amerika, das Vorgehen Japans. Einmal, um auf dem ostasiatischen Festland eine starke imperialistische Macht gegen die Sowjetunion zu haben, und zum andern, um die Gefahr einer „bolshewistischen Versuchung“ Chinas zu verhindern.

Diese imperialistischen Gegensätze und die Tatsache, daß die kapitalistischen Staaten immer mit der Gewalt, mit Bomben und Granaten, und nicht nach dem Recht entscheiden, ist für uns gewiß nicht neu. Wir wissen, daß dies das Wesen der kapitalistisch-imperialistischen Herrschaft ist. Auf was es uns hier ankommt, ist, gerade an diesem Schulfall zu zeigen, wie unsinnig und für die Arbeiterklasse so schädlich es ist, wenn Arbeiterparteien, wie z. B. die SPD und die ganze II. Internationale, irgendwelche Hoffnungen auf den Völkerbund setzen. Der kapitalistische Völkerbund ist nichts anderes als die Vereinigung kapitalistischer Großmächte, in der nicht die „Gesetze des Friedens“, sondern der Macht entscheiden, und in der bestenfalls zeitweilig die jeweils vorhandenen Machtverhältnisse festgestellt und respektiert werden, die aber niemals instand ist, Kriege zu verhindern. Die endgültige Beseitigung von Kriegen und Völkermorden, die Herstellung eines wirklichen Völkerfriedens kann erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in einem wirklichen Bund aller Völker unter Anerkennung der verschiedenen nationalen Eigenarten, erreicht werden.

Sozialdemokraten unter sich

Hellmanns „Niederträchtigkeiten“ und Künstler als „abschreckendes Beispiel“

Wir haben vor einiger Zeit bereits festgestellt, daß die sozialdemokratische Wochenschrift „Das Freie Wort“ in einem wohl vom Herausgeber Ernst Hellmann selbst verfaßten Artikel ungeren Genossen

Lebour mit Adolf Hitler verglichen hat. Diese Gemeinheit hat in der Berliner sozialdemokratischen Mitgliedschaft solche Empörung hervorgerufen, daß der Berliner Bezirksvorstand der SPD einen Protestbeschlüß gegen diese Schreibweise des Hellmannblattes faßte. Hellmann reagierte darauf in seiner bekannten Frechheit, indem er auch gegenüber dem Berliner Bezirksvorstand der SPD seinen Standpunkt aufrecht erhielt und zugleich seinen Berliner Parteigenossen wegen den für die SPD so ungünstigen Berliner Wahlergebnisse einen Seitenhieb versetzte. Das hat nun den Berliner Bezirksvorsitzenden der SPD, Franz Künstler, auf den Plan gerufen. In Nr. 47 des „Freien Wort“ veröffentlicht Künstler eine längere Erklärung, deren wichtigste Sätze folgendermaßen lauten:

„Bei aller Gegnerschaft zur der politischen Tätigkeit Lebour's empfand der Berliner Bezirksvorstand es zumindestens als eine Geschmacklosigkeit, Georg Lebour in einem Atemzug mit Adolf Hitler zu nennen. Lebour's Wirken ist von unserem Standpunkt aus gesehen falsch und nicht von Nutzen für die Arbeiterschaft gewesen. Aber ein saubere Mensch ist er trotz alledem geblieben. Unbestechlich und gerade ist sein Charakter. Die Anstandspflicht eines Sozialdemokraten verpflichtet, das anzuerkennen. Wenn man die Gegnerschaft so weit treibt, Lebour's Wirken mit dem Adolf Hitlers zu vergleichen, so spricht das nicht von einer vornehmen und anständigen Gesinnung, die stets einen Sozialdemokraten auszeichnen soll. Den alten, in Armut lebenden Georg Lebour mit Adolf Hitler und seiner politischen Tätigkeit zu vergleichen, halten wir für unanständig.“

Die geistigen Verrenkungen des Verfassers der Notiz „Entrüstung“ in

Nr. 46 des „Freien Wort“ entkräften keinesfalls die vorstehenden Argumente. Die unanständigen Bemerkungen über den Wahlergang in Berlin sind die üblichen an Niederträchtigkeit grenzenden Schlußbemerkungen des Redakteurs. Seine Rand- und Schlußbemerkungen sind wiederholt in der Parteigenossenschaft Deutschlands Gegenstand der Kritik gewesen und haben für die Auflageziffer des „Freien Wort“ sich bisher nicht günstig auswirken können. Im übrigen sei dem Genossen Hellmann gesagt: Hätten bestimmte Genossen immer Politik und Geschäft auseinandergehalten, so wäre sehr oft das Berliner Wahlergebnis besser gewesen.“

Aus diesem Schreiben Künstlers, das wir mit Rücksicht auf unseren beschränkten Raum leider nur im Auszug wiedergeben konnten, erwidert Hellmann an der gleichen Stelle u. a. folgendes:

„Genosse Künstler behauptet in seiner Zuschrift, daß der Protest des Berliner Bezirksvorstandes gegen die Notiz „Adolf Hitler — Georg Lebour“ nur für die Redaktion des „Freien Wort“ bestimmt gewesen wäre. Das ist bewußt un wahr.“

Zu behaupten, daß in unserem Vergleich Hitler-Lebour eine Gleichstellung der beiden Persönlichkeiten liegt, ist ebenfalls bewußt un wahr.“

Auf die weiteren persönlichen Schimpfereien des Genossen Franz Künstler einzugehen, haben wir keine Veranlassung. Er sollte in seiner Stellung als Berliner Parteivorsitzender beispielgebend dafür sein, wie man sich unter Sozialdemokraten sachlich und parteigenössisch auseinandersetzt. Ansehend will oder kann er das nicht. So haben wir seine Erwidrung als ein abschreckendes Beispiel dafür abgedruckt, wie man an Stelle sachlicher Auseinandersetzung parteischädigende Zänkerei setzt.“

Das nennt man für wahr parteigenössische Umgangsformen!

Die SPD im Urteil ihrer französischen Schwesterpartei

(Von unserem Pariser Mitarbeiter)

Die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Politik, deren Folgen sich erst wieder in ihrem Mandatsverlust am 6. November gezeigt haben, macht den anderen Parteien der Zweiten Internationale viele Kopfschmerzen. Einst die große Lehrmeisterin des internationalen Proletariats, deren Politik zu kritisieren für andere Parteien Vermesseneit war, findet die SPD heute für ihre Taten kaum noch irgendwo Anerkennung und Zustimmung. Man schämt sich im Auslande dieser Partei, die den Sozialismus so elend kompromittiert hat. Ein von falscher Loyalität diktiertes Entschuldigungsgestammel für die eigenen Parteigänger und Proletarier, die erstaunt und mißbilligend nach der größten Partei der Arbeiterinternationale schauen und ein wenig an vorsichtiger Kritik — das ist alles, was man für sie noch aufbringt. Ein tiefer Sturz für wahr!

Im Zentralorgan der französischen Sozialistischen Partei, im „Populaire“ vom 14. November, nimmt Jean Zyromsky, der zum linken Flügel der Partei zählt, Stellung zum Ausgang der Wahlen vom 6. November, die ihm ein Anlaß sind, sich Gedanken über die Kampfmethoden des Sozialismus unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen zu machen. Er stellt fest, daß die Wahl durch einen klaren Rückgang der Nationalsozialisten, durch eine fühlbare Schwächung der Sozialdemokraten und ein erneutes Anwachsen der Kommunisten charakterisiert wird. Der Verlust Hitlers, dessen Ursache er in Hitlers falscher Taktik nach dem 31. Juli sieht, erregt seine Genugtuung. Aber er fährt fort:

„Das darf uns nicht die Wirklichkeit, die traurige Wirklichkeit verschleiern. Im industriellen Deutschland mit seinem großen Proletariat, fährt die Sozialdemokratie trotz ihrer Organisation und der tiefen Verwurzelung in der Arbeiterklasse fort abzunehmen, während die Kommunistische Partei ansteigt. Der Abstand zwischen den großen proletarischen Parteien ist gewiß noch beträchtlich, vermindert sich aber stark. Und wenn man nur das Proletariat der großen Arbeiterstädte, d. h. die treibende Kraft des Sozialismus betrachtet, muß man leider erkennen, daß die Kommunistische Partei dort die Mehrheit erobert hat. Diese Mehrheit ist erreicht trotz der wesentlichen Fehler. Die augenblickliche Leitung der KPD folgt den verrücktesten Anweisungen, die grade jetzt von den kommunistischen Elementen, denen endlich die Augen aufgehen, heftig angegriffen werden. Aber die Tatsachen bestehen, bitte! für die ganze sozialistische Bewegung.“

Zyromski fordert die Internationale auf, sich darum zu kümmern, ohne allerdings die so schwer geprüften deutschen Genossen vor den Kopf zu stoßen! Er stellt

dann fest, und das dürfte der „Vorwärts“ schwerlich abdrucken:

„Die sozialistischen Parteien müssen endlich die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur erkennen, die mit der politischen Machtergreifung einsetzen muß. Ferner, und das ist eine Lehre, die auch andere Parteien ziehen dürfen, ist es sehr gefährlich, eine sozialistische Bewegung zu führen, indem man sie beständig in Situationen bringt, wo sie nur zwischen zwei Uebeln zu wählen hat, zwischen dem „kleineren“ und dem „schlimmeren“. Sollten die sozialistischen Parteien inmitten dieser ökonomischen und sozialen Krise, inmitten dieser Krise des kapitalistischen Systems ... verdammt sein, sich mit „weniger schlimmen“ Lösungen zu begnügen? ... Ich weiß wohl, man will das größte Uebel, die furchtbarste Gefahr, vermeiden, und darum schiebt man die wahren sozialistischen Aufgaben: die Eroberung der ganzen Macht und die Sozialisierung der Hauptzweige der Wirtschaft, in den Hintergrund.“

Ist das nicht in einem gewissen Maße die Geschichte der Sozialdemokratie in den letzten Jahren? Tolerierungspolitik, Politik des kleineren Uebels — diese gebräuchlichen Ausdrücke haben typische Bedeutung.

Zunächst erzielt diese Politik nicht die geringsten Resultate und dann vor allem verwirrt sie die Arbeiterklasse tief. Das hat sich, ach, in allem Ueberfluge erst bei den letzten Reichspräsidentenwahlen ausgedrückt: Hindenburg gegen Hitler!

In dieser Politik der deutschen Sozialdemokratie, die nach seinen eigenen Worten schließlich so weit führte, daß „kleineres Uebel“ und „größtes Uebel“ gleich gesetzt werden konnten, sieht Zyromsky einen der tiefsten Gründe für den Aufstieg der Kommunisten. Er schließt seine Betrachtung mit der Mahnung an die Adresse der Sozialdemokratie: daß sozialistische Parteien immer einen sozialistischen Kampf, einen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, Sozialismus gegen Kapitalismus führen müßten. Alles andere sei vom Uebel.

Diese Kritik des französischen Sozialdemokraten ist gewiß nicht von einer übermäßigen Härte. Wenn er auch nicht die tiefsten Ursachen des schmachvollen Versagens der SPD in ihrer Preisgabe marxistisch-revolutionärer Grundsätze in allen wichtigen Fragen, denen des Staates z. B., erkennt, sondern lediglich die ganz natürlichen Folgen dieser prinzipiell dem Marxismus entgegengesetzten Haltung kritisiert, so hat er doch darin recht, daß eine derart charakterlose Politik, die er voller Empörung geißelt, auch die

märkste Partei langsam aber sicher zugrunde richten muß. Denn in der Politik entscheidet letztlich nicht die Stärke des Parteiparappates, sondern die Richtigkeit des praktischen Handelns. Recht hat er mit seiner Ansicht, daß die KPD trotz ihrer katastrophalen Fehler ohne ihr eigenes Verdienst als lebender Erbe der Rebellion in den sozialdemokratischen Wahlenmissen erscheint. Doch auf die Dauer wird auch die KPD nicht von den größeren Fehlern der SPD leben können. Eine Illusion ist es, wenn Zyromsky glaubt, daß die Sozialdemokratische Partei noch einmal durch eine Verjüngungskur eine revolutionär-sozialistische Partei werden könnte. Zu fest sitzt in den Reihen der Reformismus, zu schwer lastet auf ihr die Schuld eines achtzehnjährigen Verrats der Arbeiterinteressen. Mag die SPD als Partei noch eine ganze zeitlang kraft ihrer Organisation weiterleben, historisch gesehen ist es aus mit ihr, weil ihr die Basis ihrer reformistischen staatsbejahenden Politik, der florierende, aufsteigende Kapitalismus, für immer entzogen ist.

Gegen das Chemnitzer Todesurteil

Breslau, 22. November. Die Funktionäre des Gesamtverbandes Breslau telegraphierten an das sächsische Justizministerium: „Mit entschiedenem Protest fordern Aufhebung des Todesurteils Bartel.“

Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Arbeiter Breslaus telegraphierte folgendes Telegramm an das sächsische Justizministerium: „Schärfster Protest gegen das Todesurteil Bartel, fordern Aufhebung.“

Bullerjahn-Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit

(Eigener Bericht der SAZ)

Am Montag morgen wurde die Verhandlung im Bullerjahn-Prozeß vor dem IV. Senat des Reichsgerichts fortgesetzt. Den von der Verteidigung am Freitag gestellten Beweisunterlagen ist nur zum Teil stattgegeben worden. Jedoch, was die Glaubwürdigkeit des Zeugen v. Gontard anbelangt, hat man den Anträgen der Verteidigung nahezu entsprochen.

Am bedeutsamsten erscheint die Ladung des Kaufmanns Bientz aus Basel. Dieser Zeuge hat sich selbst des Verrats bezichtigt, den man Bullerjahn vorwirft. Die Oberstaatsanwaltschaft wurde beauftragt, diesem wichtigen Zeugen freies Geleit bis 3 Tage nach der Verhandlung zuzusagen.

Es erfolgte dann der Ausschluß der Öffentlichkeit für die weiteren Verhandlungen. Es spricht der militärische Sachverständige vom Reichswehrministerium. Er soll sich äußern ob es für B. von Bedeutung ist, daß sein Bild nicht in den Akten des französischen Kriegsministeriums enthalten ist und ob es vorgekommen ist, daß die IKK Waffenlager, die ihr verateten wurden, erst nachträglich aufgedeckt. Schließlich wird noch die Frage der Entschädigung und die Rheinlandräumung behandelt werden. Das Interesse des kapitalistischen Staates erfordert dabei den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Nazis schießen

Dortmund, 22. November.

WTB. Am Sonntagabend kam es, wie erst jetzt bekannt wird, in einer Wirtschaf im Stadtteil Deuten zu einem Wortwechsel zwischen zwei Nationalsozialisten und zwei SPD-Leuten. Plötzlich zog ein Nationalsozialist eine Pistole und gab auf die Gegner zwei Schüsse ab, wodurch der eine einen Bauchschuß und der andere einen Kopfschuß erlitt. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen, er leugnet jedoch, die Schüsse abgegeben zu haben.

Trotzkis Reise

Paris, 21. November.

WTB. Trotzki ist heute an Bord des italienischen Dampfers „Praga“ von Stambul in Marseille eingetroffen. Er wurde sofort im Auto nach Lyon geleitet, von wo er mit der Bahn nach Kopenhagen reist.

Trotzki hat über seine Reise der Agentur Havas eine schriftliche Erklärung übergeben, in der es u. a. heißt: „Meine Reise hat nichts Geheimnisvolles und bietet, weitestens meiner Ansicht nach, auch kein öffentliches Interesse. In der Hauptsache beschäftigte ich mich während meines Aufenthaltes in der Türkei mit der Geschichte der russischen Revolution. Diese Arbeit ist abgeschlossen und der letzte Teil des Werkes gegenwärtig im Druck. Die Kopenhagener Studenten haben mich aus eigenem Antrieb eingeladen, ihnen einen Vortrag zu halten über das Thema „Was bedeutet die Oktober-Revolution?“ Ich werde diesen Vortrag in deutscher Sprache halten und versuchen, ein Resümee meiner historischen Untersuchungen zu geben. Der Vortrag verfolgt ein rein wissenschaftliches und kein propagandistisches Ziel.“

Trotzki teilte zum Schlusse mit, daß er nach seiner dänischen Reise nach Priaukepe zurückkehren werde.

Schulen statt Klöster

Madrid, 21. November.

Durch Verordnung des Ministerpräsidenten sind zwei den spanischen Jesuiten gehörige Gebäude von Madrid in den Besitz des Stadtrats übergegangen. In ihnen sollen zwei Schulen untergebracht werden.

Wird der DFV verboten?

Pletsch macht in Optimismus — Was ist prinzipiell dazu zu sagen?

Nach einer längeren Pause fand Ende der vorigen Woche eine Mitgliederversammlung des DFV (Abteilung Gräbschen) statt, die, wenn man die immerhin stattliche Mitgliederanzahl dieser Abteilung anzieht, relativ schlecht besucht war.

Freidenker-Genosse Karl Pletsch versuchte Antwort zu geben auf die Frage des Themas: „Wird der DFV verboten?“

Daß der kommunistische Freidenkerverband verboten sei, nahm ihn scheinbar nicht wunder, denn er wies nachdrücklich darauf hin, daß in den Statuten des kommunistischen Gottlosen-Verbandes die Beseitigung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit anderen als legalen Mitteln erstrebt würde. So etwas billige er scheinbar nicht. Darüber hinaus stellte er ebenso nachdrücklich fest, daß nur die kulturellen Bestrebungen der KP-Organisation unterbunden seien, den Kommunisten gestatte man nach wie vor ihre Verbrüderungskasse zu erhalten.

Überhaupt seien fast 90 Prozent aller Mitglieder nur deshalb in der Freidenkerorganisation organisiert, weil sie die kostenlose Bestattung garantieren. Als Beweis zog Pletsch die Organisation der Monistischen Gemeinde an, die als Beispiel einer rein kulturpolitischen Gemeinschaft gelten dürfte. (Ohne den Monisten zu nahe zu treten, hätte Pletsch ebenso die Buddhisten Deutschlands anführen können, das wäre zum mindesten ein ebenso schiefes Beispiel, wie das von ihm angeführte.)

Aus diesen Vorbemerkungen folgerte nun Pletsch, die Regierung würde bei einem eventuellen Verbot nur die Kulturorganisation des DFV verbieten, die Bestattungskasse des Verbandes würde unangetastet bleiben. Was den Kommunisten recht sei, sei uns billig.

Die NSDAP hätte ja schließlich den Antrag auf ein Verbot des DFV nur aus taktischen Erwägungen, um das Zentrum zu gewinnen, gestellt. Die kommissarische Preußenregierung würde bei einer eventuellen Annahme des Antrages dieses ebensowenig wie die anderen Beschlüsse des Landtages durchführen.

Ein Landesverbot sei letzten Endes unwirksam, denn man könne ja den Sitz des Verbandes nach einem anderen Lande verlegen.

Und zum Schluß triumphte er damit auf, daß der Staatssekretär Trendelenburg, der einer der neuen Männer sei, verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Verbot des Freidenkerverbandes geäußert hätte. (Das sagt Pletsch in einem Zeitpunkt, in dem von der gesamten Verfassung lediglich der schöne Artikel 48 übriggeblieben ist!)

Dann ging Freidenker-Genosse Pletsch auf organisatorische Fragen ein und wurde ganz zum Schluß ziemlich kraftlos etwas wie ausfallend gegen die religiösen Sozialisten und versuchte gegen die Beteiligung an den Kirchenwahlen Stellung zu nehmen.

In der Diskussion, in der die Genossen Stumpe, Harter, Buchwald und Heinrich sprachen wurde gegen den gefährlichen Standpunkt von Pletsch Stellung genommen.

Genosse Stumpe wies darauf hin, daß man die drohende Gefahr des Verbotes nicht in erster Linie vom rein organisatorischen Standpunkt aus behandeln dürfe wie überhaupt die Gefahr bestünde, daß der DFV lediglich als Bestattungsorganisation angesehen würde.

Von den meisten Diskussionsrednern wurde die Stellung der SPD und ihrer Presse zu den religiösen Sozialisten und zu den Kirchenwahlen scharf angegriffen. Genosse Harter bezeichnete sie als Dolchstoß in den Rücken der Freidenker und forderte die SPD-Freidenkermittgliedschaft auf, sich gegen eine derartige Handlungsweise ihrer Partei zu wenden.

Im Schlußwort antwortete Pletsch auf die Angriffe der Diskussionsredner teils sehr unsachlich, teils in etwas sachlicherer Form. Da die Belehrungen, die die Diskussionsredner ihm als Anhänger der SPD über die Haltung

der sozialdemokratischen Presse zu den Kirchenwahlen gemacht hätten, seien unangebracht, er wolle aber, da sie in sachlicher Form erfolgt seien, auf sie eingehen. Anfangs sei es ihm nämlich gelungen, die Propagandaartikel für die religiösen Sozialisten in der SPD-Presse und in der „Volkswacht“ zu unterdrücken. Die Lokalredaktion der „Volkswacht“ hätte auf sein Betreiben hin die Veröffentlichung abgelehnt. Daraufhin hätten sich die religiösen Sozialisten an die Pressekommission gewandt und die habe sich aus einem „großen Gerechtigkeitsgefühl“ entschlossen, die Propaganda im lokalen Teil durchzuführen. Man habe also nichts anderes getan, als daß man sich auf den Boden der religiösen Neutralität gestellt habe.

Auf die Konkordatsfrage in Baden ging Pletsch trotz wiederholter Zwischenrufe nicht

ein. Er erklärte, das ginge zu weit und würde uns nur in den Gegensatz zu den Genossen der SPD bringen, die das mit sich und ihrer Organisation auszumachen hätten. (Nach dem Motto „Konkordat ist Privatsache“!)

Pletsch scheint sich also als echter Reformist mit dem drohenden DFV-Verbot abgefunden zu haben. Er ist froh, daß die Aussicht besteht, die Bestattungskasse gewissermaßen „hinüberzuretten“. Was will man mehr?

Gegen einen solchen Standpunkt kann nicht genug protestiert werden. Es heißt jetzt, die Massen zu mobilisieren, um gegen das Verbot zu kämpfen, wobei dieser Kampf letzten Endes, wie alle Klassenkämpfe, in dieser zugespitzten Situation nur außerparlamentarisch geführt werden kann.

Totengedächtnisfeier

des Deutschen Freidenker-Verbandes

Lange vor Beginn war der große Saal des Gewerkschaftshauses samt den Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt. Eine Gelegenheit also, die Toten zu den Lebenden sprechen zu lassen, anklagend, aufrüttelnd im Sinne des revolutionären Befreiungskampfes des Proletariats, wie sie nicht gleich wiederkehrt. Sie wurde verpaßt, völlig verpaßt. Erst gab es Musik, gute Musik, Beethoven und Haydn, — auch gut gespielte Musik. Aber einmal war es zuviel des Guten. Vier Sätze eines Beethoven-Quartetts und dann, nach kurzer Unterbrechung, noch vier Sätze eines Haydn-Quartetts, das ist für Proletariat, die solche Kunst nicht so leicht aufnehmen wie der Bürger, ermüdend. Trotzdem hielten die Zuhörer mustergültige Disziplin. Nur schloßen einige und einige lasen Zeitung. Zum andern aber stand die gebotene Musik in gar keinem inneren Zusammenhange zum Charakter der Feier. Gibt es denn im DFV keine Kommission für die Gestaltung der Feiern, die über soviel Musikkenntnis verfügt, um zu wissen, daß es für Totengedächtnisfeiern ganz andere Musik gibt?

War schon der künstlerische Rahmen nicht gut gewählt, so bedeutete das, was dadurch eingerahmt wurde, erst recht eine Enttäuschung, die Ansprache des Vorsitzenden, Genossen Wagner. Zunächst war es gar keine Ansprache, sondern eine Vorlesung, die, am Tische sitzend, so ohne jede innere Anteilnahme abgelesen wurde, daß der Verdacht berechtigt erscheint, daß es nicht einmal eigene Gedanken waren, sondern die Arbeit eines andern. Die größte Enttäuschung aber war der Inhalt. Wenn man zur Totengedächtnisfeier einer proletarischen Massenorganisation geht, dann erwartet man, daß diese Feier allen Toten des Proletariats gilt, den Großen mit den weltbekannten Namen, wie den Tausenden und aber Tausenden von unbekanntem Soldaten der Revolution. Von ihnen allen sollte man künden, wie sie für die Ideale des Sozialismus lebten und starben, ihre mahnenden Stimmen sollte man wieder lebendig werden lassen, wie Freiligrath es tut in seinen Versen „Die Toten an die Lebenden“:

„Zuviel des Hohns, zuviel der Schmach wird täglich euch geboten: Euch muß der Grimm geblieben sein — o glaubt es uns, den Toten! Er blieb euch! Ja, und er erwacht! Er wird und muß erwachen! Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen! Er wartet nur des Augenblicks, — dann springt er auf, allmächtig, gehobnen Armes, wehnden Haars dasteht er, wild und prächtig! Die rostge Büchse legt er an,

mit Feinstaub geladen:

Die rote Fahne läßt er wehen hoch auf den Barrikaden! — O, steht gerüstet! Seid bereit! O, schaffet, daß die Erde, darin wir liegen, stumm und starr, ganz eine freie werde!“

Vom Geiste eines solchen Totengedenkens war in der Vorlesung des Genossen Wagner auch nicht ein Hauch. In einer Zeit, in der aus den Reihen des Proletariats tagtäglich neue Opfer fallen, dieser Toten des Klassenkampfes nicht mit einer Silbe zu gedenken, aus ihrem Opferdasein nicht ein Vermächtnis zu entnehmen, das ist eine Unterlassung, so groß, daß man schon sagen muß, dem Sprecher mag wohl jede innere Verbindung zum Klassenkampf des Proletariats fehlen. Sonst hätte er sein Totengedenken nicht auf die wohlhabendsten 302 Männer, Frauen und Kinder beschränken können, die aus seinem Verein im Laufe eines Jahres gestorben sind.

Wer gehofft hatte, der zweite Teil mit den Rezitationen des Genossen Dr. Tyndall würde das bringen, was uns der erste Teil so völlig versagte, sah sich auch noch enttäuscht. Weit besser als die Vorlesung Wagners waren freilich schon die verbindenden Worte des Genossen Tyndall, „wenn uns auch der Ton etwas zu salbungsvoll war. Der Höhepunkt des ganzen Abends war zweifellos die freie Rezitation der ganzen Rede Viktor Hugos an Voltaires 100. Todestag, am 30. Mai 1878 vor der Akademie in Paris — eine Gipfelleistung, hinreißender Beredsamkeit, die uns durch die meisterhafte Wiedergabe durch den Genossen Tyndall auch heute nach 54 Jahren noch zu einem aufrüttelnden Erlebnis wurde, für das wir ihm danken. Auch Heinrich Lersch „Brüder“ und Erich Kästner „Stimmen aus dem Massengrab“ waren von starker Wirkung. Aber über Freigeistigkeit und Kriegsgegnerschaft kamen leider auch diese Darbietungen nicht hinaus. Auch in diesem Programmteil wurde nicht mit der notwendigen Deutlichkeit gesagt, warum immer und immer wieder Proletariat in Elendsquartieren und hinter Kerkermauern, in Straßenkämpfen und auf Schlachtfeldern sterben müssen: weil die herrschende kapitalistische Klasse nur dadurch leben kann! In diesem Gedanken muß jede wirkliche proletarische Totenfeier ausklingen:

Proleten müssen sterben, damit der Kapitalismus lebt — der Kapitalismus muß sterben, damit das Proletariat lebt! Der Kapitalismus stirbt nur durch den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats!

Harringa.

Kumpeltod

Hindenburg, 21. November.

Im Ostfeld der Königin-Luise-Grube ging in einem Pfeilervort ein Kohlenblock zu Bruch und begrub den Hauer Karl Klein unter sich. Er wurde mit einer schweren Beckenquetschung und einem Oberschenkelbruch ins Knappschafts-Lazarett gebracht, wo er bald darauf starb.

Fundsachenversteigerung der städt. Straßenbahn

findet am 6. Dezember vormittags 9 Uhr im Straßenbahnhof 1, Lohsestr. 72, statt. Näheres siehe in der Anzeige in der heutigen Nummer.



Film-Matinee der Volksbühne

„Hunger in Waldenburg“, „Die Weber“

So harte, wenn auch sachliche Kritik an der Theaterpolitik der Volksbühne geübt werden muß — ein spürbarer Einfluß gegen die Verflachung des Theaterspielplans ist nicht zu bemerken —, so gern hebt man die Ansätze, die positiven Versuche ihrer vielgeübten Kulturarbeit auf dem Zweige des Films hervor: Im Gloria-Palast gelangten gestern zwei Filme zur Aufführung, die eine stärkere Beachtung verdient hätten. „Hunger in Waldenburg“, eine Reportage, und Hauptmanns „Weber“.

Wir sind ja schon so weit, den Mut zu diesen Themen begrüßen zu müssen. Aber die Aufführung war auch künstlerisch bedeutungsvoll. Jutzis eindrucksvolle Reportage verwendete für die filmische Verarbeitung des aktuellen Stoffes die besten Mittel der sowjet-russischen Produktion. Der Hunger in Waldenburgischen Textil- und Kohlenrevier sprach die knappe, aufrüttelnde Sprache der Gegenwart, in der der Film gedreht wurde. Hierzu bildete der zweite Film eine anschauliche Ergänzung (stärkste Wirkung dürfte die Verschmelzung von Reportagefilm und verfilmtem Schauspiel haben). Denn trotzdem Hauptmanns „Weber“ nicht kritiklos betrachtet

Feierstunde der PKG

Sonntag, den 27. November, 16.30 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstr. Es läuft der Russenfilm „Der Mann, der sein Gedächtnis verlor“ und „Chaplin als Polizist“. Eintritt: 20 Pfg.

werden dürfen — als historische Kopie sind sie ein Ausweichen des Dichters vor den aktuellen Problemen der Ausbeutung und des proletarischen Befreiungskampfes —, erkennen wir die bezwingende Meisterschaft Hauptmanns in der Verlebendigung seiner Personen und die tapferen Wirklichkeitsgestaltung wohl an. Ueberdies hat Zelniks Film (die Masken und Kostüme fertigte George Groß) die Hauptmannsche Schlussszene verändert. Der Film schließt mit der Zurückschlagung der gegen die Weber eingesetzten Kompanie, was die lähmende Stimmung der ehemaligen Handlung aufhebt.

In dem Abweichen von der herkömmlichen Tradition des Staffilms und der verlogenen Verniedlichung und Entstellung der brutalen Wirklichkeit war die Darbietung ein Beweis, daß die Volksbühne wirkliche kulturpolitische Arbeit leisten kann, wenn sie will. Eine Wiederholung der Veranstaltung wäre sogar angebracht, da die mangelnde Propaganda gerade den Besuch der Kreise beeinträchtigt zu haben scheint, die die allgemeine Kritiklosigkeit gegen die Verflachung des diesjährigen Theaterspielplans nicht zu teilen und hinzunehmen gewillt sind. E. K.

Juno - alle Achtung!

So kurz und treffend urteilt unsere Raucherschaft über

JUNO,

deren stets gleichbleibende Güte und köstliche Frische alle Wünsche in weitestgehendem Maße erfüllt

Juno stellt

Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien

das Bessere entgegen:

hervorragende Qualität und volles Format.

Dieser Weg, den Juno geht, ist der rechte!



Rundfunk-Reaktion

Am 17. November gingen den zuständigen Stellen die neuen Richtlinien und Satzungen für den Rundfunk in Deutschland zu. Diese neuen Verordnungen tragen den Stempel der gemessenen gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Zustände. Sie zeigen die Merkmale der unverschieblichen Diktatur der Bourgeoisie.

Wenn bisher die Marxisten erklärt haben, daß im Zustand der klassengespaltenen Gesellschaft stets Kunst, Wissenschaft, Film und Rundfunk einzig und allein im Dienste und zur Erhaltung der Macht der herrschenden Klasse betriebe werden, dann hat bisher der Chor der Soldschweizer der Bourgeoisie sich heftig und mit dem Scheitern einer gewissen Berechtigung entzweit. Nun hat die Wucht der gesellschaftlichen Entwicklung die Herrschenden zur Besichtigung auch der letzten Kulte, die sonst ihre Klassendiktatur verbarg, gezwungen. Die neuen Richtlinien und Satzungen für den deutschen Rundfunk zeigen das nur zu deutlich.

Allerdings muß betont werden, daß, solange es in Deutschland Rundfunk gibt, noch nie die Arbeiterklasse irgendeinen im Rahmen des Klassenkampfes wesentlichen Einfluß auf diese Einrichtungen gehabt hat. Lediglich eine „volksgemeinschaftliche“ Mitarbeit von Sozialdemokraten ist kurze Zeit hindurch geduldet worden.

Das Ziel der staatlichen Machthaber mußte bei der Umgestaltung des Rundfunks sein: größtmöglicher wirtschaftlicher und ideologischer Einfluß. Dieses Ziel ist glänzend erreicht worden. Die neuen Satzungen für den Rundfunk sehen eine strikte Zentralisierung aller Funkgesellschaften in der Reichsrundfunkgesellschaft vor. Diese Zentralisierung gibt der RRG das finanzielle und organisatorische Übergewicht allen anderen Gesellschaften gegenüber. Diese faulose RRG wiederum befindet sich fest in der Hand der bürgerlichen Staatsmacht; Reichspostminister und Reichsinnenminister teilen sich brüderlich bei der Ernennung der Rundfunkkommissare, Verwaltungsräte, Beiräte usw. So sind praktisch alle nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Kräfte ausgeschaltet. Irgendwelche den Herren Ministern gerade genehmen Leute werden demart zu den geistigen Vormündern von Millionen mündiger Menschen gemacht, die sogar noch für diese Entrechtung recht hohe Gebühren bezahlen dürfen.

Die gleichzeitig erlassenen „Richtlinien für die Sendungen des deutschen Rundfunks“ sind beherrscht vom neudeutschen Nationalismus, vom Ungeist der verlogenen Volksgemeinschaftsideologie, von der uralten Lüge aller bisherigen herrschenden Klassen, daß ihre Klassenherrschaft die natürlichste Sache der Welt sei.

In schwülstigen, bewußt unklaren Stil bürgerlicher Verfassungsdokumente ist der Text seinem Inhalt entsprechend gehalten. Da kann man staunend die amtliche Weisheit vernehmen, daß der deutsche Rundfunk dem deutschen Volk diene, was allerdings nach genauerem Studium der Richtlinien als sehr fraglich erscheint. Und dann kommt die Hauptsache: die Aufgaben des Rundfunks werden umrissen. Endlich wird es einmal zugegeben, daß auch der Rundfunk der „Erhaltung und natürlichen Einordnung der Men-

schen in den Staat“ dienen soll. So schön und deutlich ist es schon lange nicht mehr gesagt worden, daß auch die elektrische Welle der Unterdrückung, die die Unterdrückten voll zynischer Frachtheit als „natürlich“ erklären, dient.

Aber auch die Stellvertreter der himmlischen Gewalten auf Erden kommen nicht zu kurz, der „neue geordnete“ deutsche Rundfunk wird mehr denn je sich bemühen, „ethische Gesinnung zu wecken und zu achten“. Vorsichtshalber wird im gleichen Satz christliche Duldsamkeit für die Ueberzeugung Andersdenkender gewährt — wovon offensichtlich der Friedenkettenverband als eine Organisation, die den „Bestand des Staates gefährden könnte“, ausgeschlossen wird.

Auch der berüchtigte Verein für das Deutschland im Ausland erhält ein kleines Angebinde. Der Rundfunk hat neuerdings, da man den elektrischen Wellen nicht wie den unseligen Staatsbürgern die Ausreise verweigern kann, die Aufgabe, nicht etwa deutsche Kapitalisten mit den ausländischen zu verbinden, oh, nein. So etwas sagt man nicht, das meint man bloß, wenn es in den Richtlinien heißt: „Der Rundfunk verbindet die Auslandsdeutschen mit dem Reich und läßt die innerschweizerischen Hörer am Leben und Schicksal der Auslandsdeutschen teilnehmen.“

Dann für alle Zukunft der Geist aller Deutschen frei bleibe vom verderblichen revolutionären Gift der Wissenschaft, soll im Rundfunk nur das „Verkehrswürdige aus der Vergangenheit des deutschen Volkes“ dargestellt werden. Dabei bleibt nur die Frage offen, was denn verkehrswürdig in der deutschen Vergangenheit ist. Wir sind der Meinung, daß der mutige Kampf der Unterdrückten zu allen Zeiten verkehrswürdig gewesen ist, wir können uns aber sehr wohl vorstellen, daß die Herren von der RRG ganz anderer Ansicht sind.

Wie weit die nationalsozialistische Ideologie schon in die Ministerien eingedrungen ist, zeigt sich mit erschütternder Deutlichkeit im zweiten Teil unter Ziffer 3 der Richtlinien. „Berichte über das geistige Leben sollen keine volksfremde Geistigkeit vermitteln. Sie sollen vielmehr die geistige Selbstzucht... fördern.“ Was volksfremde Geistigkeit ist, nach der Meinung der Herren nationalsozialistischen Ministerialräte, kann man sich unter Umständen vorstellen, was man sich aber bei der sinn- und inhaltslosen Redewendung von der „geistigen Selbstzucht“

In diesem Zusammenhang denken soll?.... Etwas mehr geistige Selbstzucht, im landläufigen Sinne, wäre den Verfassern und Urhebern der Richtlinien zu wünschen gewesen.

Die ganze Ueberheblichkeit eines neu erstandenen Nationalismus kommt zum Ausdruck, wenn der Rundfunk die Hörer nur mit den „für Deutschland weitvollen Leistungen anderer Völker“ bekannt machen soll.

Was sich das deutsche Bürgertum unter Unterhaltung vorzustellen pflegt, ist mit verblüffender Klarheit in den neuen Richtlinien festgelegt worden: Heiterkeit, Humor, Witz sollen ohne Scheu vor gesunder Sinnenspreude, aber so, daß der würdige Familienvater wohlgerückt im Kreise seiner Familie nicht rot zu werden braucht, zu „ihrem Recht“ kommen zu werden, aber wird der neue Fahrplan für den deutschen Rundfunk, wenn es sich ganz offensichtlich um Politik handelt. „Darum soll der Rundfunk die Hörer über das Werden des deutschen Volkes und des deutschen Reiches unterrichten und das Gefühl für deutsche Ehre stärken.“ Das sollen uns mal die Herren vormachen, wie man gleichzeitig die schmachvolle Geschichte des Treibens der deutschen Fürsten und der mit ihnen seit langem verbundenen Bourgeoisie kennen und noch behaupten kann, daß auf diese Weise das Gefühl für die deutsche Ehre in ihrem Sinne gestärkt werden könne.

Wenn behauptet wird, „der Rundfunk dient keiner Partei“ und weiter: „Werbung für Parteien und Bekämpfung von Parteien sind nicht zugelassen“, so kommt das einer Verschleierung der wirklichen Zustände gleich. Parteien dürfen den Rundfunk nicht für ihre Zwecke benutzen, er steht nur einer Partei, der Partei der herrschenden Klasse, den Parteien der Bourgeoisie, den Repräsentanten der bürgerlichen Klassenherrschaft, offen.

Schließlich sollen alle „Bestrebungen, die den Bestand des Staates gefährden können, vom Rundfunk ausgeschlossen werden“. Damit sind die Bestrebungen der überwiegenden Mehrheit aller Menschen, des Proletariats, die mit naturgesetzlicher Notwendigkeit den Bestand dieses Staates der Unterdrückung und des Hungers gefährden müssen, gebrandmarkt.

Ob unter diesen Umständen behauptet werden kann, der „Rundfunk diene dem gemeinen Besten des deutschen Volkes auf geistigem, künstlerischem und kulturellem Gebiet“, muß mit Entschiedenheit bezweifelt werden. W.-G.

Weser-Ems-Brief

Das Wahlergebnis aus unserem Bezirk verdient aus mancherlei Gründen eine besondere Beachtung. Die wichtigsten sind: Der weit über dem Reichsdurchschnitt liegende starke Rückgang der NSDAP (von 335 568 auf 280 867), die ebenfalls über dem Reichsdurchschnitt stehende starke Zunahme der KPD (von 68 952 auf 86 687) und die gute Behauptung der SPD (von 195 742 auf 183 052).

Vergleicht man Verluste der SPD und Gewinne der KPD miteinander, so ist weiter auffällig, daß die KPD nicht nur — wie allgemein im Reich — die Verluste der SPD restlos aufgefungen, sondern darüber hinaus noch fast 6000 Stimmen gewonnen hat.

Die objektiven Voraussetzungen für eine solche Entwicklung waren im Weser-Emsgebiet besonders günstig (Röber-Regierung in Oldenburg, fast einmütige Ablehnung der Autarkie auch durch die maßgebenden bürgerlichen Schichten in den Hafenstädten). Trotzdem: In den Städten profitierten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei von dieser Entwicklung auf dem Lande, besonders in Oldenburg, die KPD. Während im Reich fast 1,2 Millionen bisher nationalsozialistischer Wähler der Wahlurne ferngeblieben sind, gaben in Weser-Ems ungefähr 6000 solcher Wähler, hauptsächlich Kleinbauern, der KPD ihre Stimme.

Die KPD-Presse hat im Taumel des am 6. November erfochtenen „Sieges des Weltproletariats“ diese Tatsache nicht einmal für die „Richtigkeit“ ihrer national-bolschewistischen zentralen Wahlparole registriert.

Aber die Losungen: Zerreißt den Youngplan, Nieder mit Versailles, Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Phrase von dem „wehlosen Deutschland“ haben den Oldenburger Kleinbauern nicht dazu bewegt, kommunistisch zu wählen, sondern die Enttäuschung über die Röber-Regierung. Eine geschickte Propaganda für die Ausfuhr Oldenburger Zuchtsohnen und -Eber-

nalen und die Deutsche Volkspartei von dieser Entwicklung auf dem Lande, besonders in Oldenburg, die KPD. Während im Reich fast 1,2 Millionen bisher nationalsozialistischer Wähler der Wahlurne ferngeblieben sind, gaben in Weser-Ems ungefähr 6000 solcher Wähler, hauptsächlich Kleinbauern, der KPD ihre Stimme.

Die KPD-Presse hat im Taumel des am 6. November erfochtenen „Sieges des Weltproletariats“ diese Tatsache nicht einmal für die „Richtigkeit“ ihrer national-bolschewistischen zentralen Wahlparole registriert.

Aber die Losungen: Zerreißt den Youngplan, Nieder mit Versailles, Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Phrase von dem „wehlosen Deutschland“ haben den Oldenburger Kleinbauern nicht dazu bewegt, kommunistisch zu wählen, sondern die Enttäuschung über die Röber-Regierung. Eine geschickte Propaganda für die Ausfuhr Oldenburger Zuchtsohnen und -Eber-

SAP-Metallarbeiter Breslau

Donnerstag, den 24. November, abends 19.30 Uhr
Wichtige Versammlung

Zentralballsaal, Westendstraße

Tages-Ordnung: Der Berliner Verkehrstreik und seine Lehren, Verschiedenes
SAP- und Verbandsmitgliedsbuch als Ausweis

mit Unterstützung staatlicher Kredite an die Sowjetunion hätte den Bauern mehr bewegt.

Der Wahlerfolg der KPD wurde nicht wegen, sondern trotz ihres spießbürgerlichen Nationalismus erreicht.

Die SAP hat sich im Bezirk Weser-Ems gut behauptet. Mit nur 14 Prozent Stimmenrückgang hat der Bezirk überhaupt im ganzen Reich den geringsten Verlust erlitten. (Im Reichsdurchschnitt betrug dieser Verlust 37 Prozent.)

Ist der Verlust im ganzen Reich sehr ungleichmäßig (eine Tatsache, die ernsthaft analysiert werden muß), so ist er auch in den verschiedenen Teilen unseres Bezirkes nicht gleichmäßig. In den Orten, wo wir mit dem Genossen Walcher als zentralem Referenten selbstständig mit eigenen öffentlichen Versammlungen aufgetreten sind, haben wir am besten abgeschnitten. So in Osnabrück, Bramsche, Oldenburg, Bräuerhaven und Bremen. Mit Ausnahme von Bremen sind es auch die Gruppen, in denen wir einen Einfluß in Gewerkschaften und anderen proletarischen Massenorganisationen haben. Hinzu kommt die weitere Tatsache, daß im Bezirk und besonders im Bezirksvorort Bremen eine völlige Verschmelzung der ursprünglich so heterogenen Kräfte der Partei zu einer einheitlichen Gruppe arbeitender Funktionäre stattgefunden hat.

Nach den Reichstagswahlen hat keiner unserer Funktionäre auch nur für einen Augenblick den Kopf verloren. Auf dem beschrittenen Wege wird weiter gearbeitet, politische Gegensätze werden nicht verkleinert, sondern sachlich scharf, aber in kameradschaftlicher Form ausgetragen. Nur so wird unsere Partei wachsen und fähig werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

ORGANISATION'S NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

SSB Zimpelschloßwald: Morgen, Mittwoch, Pflichtversammlung. Mitgliedskarte mitbringen.

Proletarische Kulturgesellschaft: Mittwoch, 19.30 Uhr, bei Cichos, Königgrätzer Str., Probe zur Veranstaltung der PKG.

Soz. Studentenverband: Die soziologische Arbeitsgemeinschaft fällt am 22. 11. aus. Am Freitag, d. 25., spricht Gen. Rasch über Arbeitsbeschaffung. Am 29. wieder soziolog. Arbeitsgemeinschaft.

Ortsgruppe Oels: Freitag, den 25. 11., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Ref.: Gen. August Kloss, Breslau.

SIV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 16—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Diese Woche finden folgende Nebenabende statt:
Heim 1: Für Dienstag, den 22.: „Novemberturm“.
Für Freitag, den 25.: „Vollshöhne“.

Heim 2: Mittwoch, den 23.: „Diskussion zwischen Nazi und Sozial“. Für Donnerstag, den 24.: „Lichtbilder“.

Heim 3: Für Mittwoch, den 23.: „Die schwarze Front“. Ein Schwarzfrontler spricht. Für Donnerstag, den 24.: „Hungerland Waldenburg“.

Heim 4: Für Mittwoch, den 23.: „Geschichte und Aufgaben der Gewerkschaften“. Für Donnerstag, den 24.: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Heim 5: Für Dienstag, den 22.: „Lichtbildabend“. Einer von der Landstraße erzählt. Für Donnerstag, den 24.: „Was ist Marxismus“.

Heim 6: Für Dienstag, den 22.: „Mädelsabend“. Für Freitag, den 25.: „Landvolk und Agrarfragen“.

Heim 7: Für Mittwoch, den 23.: „Der Fünfjahresplan“.

Alle SIV-Mitglieder beteiligen sich am Sonntag vormittag an der Landtagung der Partei. Simultane andere Veranstaltungen am Sonntag vormittag sind abzusetzen. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt daran teilzunehmen.

Kampfbereit Die Letztung

Monatliche Jugend (Zentral): Achtung! Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim Grünstr. 14/16. Die Arbeitsgemeinschaft vom vergangenen Dienstag über „Kartelle und Trusts“ mit Gen. Baw wird fortgesetzt. Gäste willkommen. Jugendmitglieder heut die Beiträge bezahlen.

Verantwortlich: Paul Mannsch, Breslau; Innozenz Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau; Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau; Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Trepp. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postfachnummer Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Trepp. Telefon 206 02.

STADTHEATER

Dienstag, 20.—gegen 23 Uhr

Der Freischütz

Mittwoch, 19.30.—gegen 23 Uhr

Der Teufelsreiter

Donnerstag, 20.—22.45 Uhr

Idomeneo

Genossen Beachtet

unsere Inserate!

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.10 Uhr
Mittwoch, zum 28. Male!

Komödie der Irrungen

GERNHART-HAUPTMANN-
THEATER

Täglich 20.15—22.45 Uhr

Die Ratten

Freitag 20.15 (und täglich)
Gastspiel der

„vier Nachrichten“

Hier irrt Goethe

lit. Posse mit Gesang u. Tanz

Fundsachenversteigerung

Die Fundsachen aus der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1932 werden am Dienstag den 6. Dezember 1932, vormittags 9 Uhr, im Straßenbahnhof 1, Lohestr. 72 (frühere Omnibushalle), Toreingang, meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Die Bekanntmachungen über die gefundenen Gegenstände haben im Rathaus öffentlich ausgehen.

Verwaltung der städt. Straßenbahn.

Wo decke ich meinen Bedarf?

Kolonialwaren

Anderssenstr. 2 R. & J. LUX Leuthenstr. 52

Vogelhalter · Kolonialwaren

nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

Paul Frühauf

Kolonialwaren usw.

Bergstraße 22

Schmelz ist und bleibt billig

Friedrich-Wilhelmstraße 25

WESTEN

Oskar Laqua

Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

Genossen! Fahrräder = Motorräder und alle Ersatzteile

bei Karl Borst jun., Steinauer Straße 12a.

Lebensmittelhaus

Heinrich & Co.

Frankfurter Straße 154

Leinenhaus Gotthard Völkel

Friedrich-Wilhelm-Straße 51

Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Im Möbelhaus

möbel das heim

preiswert königsplatz 4

Kolonialwaren · Spirituosen · Zigarren

Alfred Köpperl

Edeka-Geschäft u. Westendstr. 36

Obst · Gemüse · Kolonialwaren

frisch völkcl

Franz Rzehulka

Kolonialwaren / Tabak

Rieseustraße 48 Ecke Landwehrstraße

Maßschneidererei

Kürschnererei und Pelzpflege

Damenmäntel und Kostüme

P. Muschalle, Breslau 6

Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Stg. — Tel. 2022

9% Kolonialwaren Josef Walter 9%
Mariannenstr. 21, Ecke Berliner Str.

Ohne Geld durch Südamerika

Erllebnisse von Erich Türpe

1) (Nachdruck verboten)
Ich stelle mich vor

Wenn einer eine Reise macht, dann kann er was erzählen.
Das ist ein bekanntes Sprichwort, aber es ist doch nur halb wahr. Denn ob man etwas zu erzählen hat, das hängt sehr davon ab, wie man reist.

Wenn man immer in Schnellzügen oder Luxusdampfern fährt, in vornehmen Hotels wohnt (die auf der ganzen Erde gleich aussehen) und in jeder größeren Stadt sein Geld von der Bank holen kann, dann erlebt man meist nicht viel mehr, als man schon aus dem Baudecker oder irgendeiner anderen Reisebeschreibung wußte. Manchmal sogar weniger.

Ich bin ein bißchen anders gerüstet. Aber bevor ich das berichten, muß ich mich wohl erst mal den Lesern der „SAZ“ vorstellen. Mein Name ist Erich Türpe — doch das haben Sie schon oben gelesen. Von Beruf bin ich Kellner — aber ich kann Ihnen versichern, daß ich auch so einige andere Berufe, die mit einem erlernten Handwerk sehr wenig zu tun haben, ausüben mußte. Nur lernt schließlich alles.

Meine Jugendjahre habe ich sehr friedlich in den verschiedensten Gasthöfen und Hotels Deutschlands verbracht: in Dresden und in Wehlen an der Elbe, in Finsterwalde und in Berlin, in Bremen und Hamburg. Aber dieses ruhige Leben gefiel mir nicht, denn von Kindheit an hatte ich die Sehnsucht, fremde Länder und Völker kennen zu lernen. So wurde ich Steward auf verschiedenen großen Schiffen.

Auf einer dieser Fahrten blieb ich, ganz mittellos, in Südamerika hängen; die näheren Umstände will ich hier nicht berichten, denn ich glaube, ich habe schon mehr als genug von meiner unbedeutenden Person geredet. Schließlich wollten Sie ja etwas von meinen Erlebnissen dort drüben hören.

Da ist nun eine große Schwierigkeit: was soll ich aus all meinen Erlebnissen auswählen? Ich bin nämlich zwölf Jahre in Südamerika gewesen, und in dieser Zeit habe ich zu Fuß, zu Pferde und im Güterzug rund 30.000 Kilometer zurückgelegt — durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, immer kreuz und quer, da können Sie sich denken, daß ich mehr gesehen habe, als sich in einem kurzen Bericht mitteilen läßt.

Aber irgendwo muß man schließlich anfangen. Also ich erzähle zuerst vom Gran Chaco, jenem Gebiet, das heute zwischen Paraguay und Bolivien so heiß umstritten ist.

Die Grüne Hölle

Gran Chaco Boreal heißt eigentlich „Großer Jagdgrund“ — aber noch bezeichnender ist vielleicht der Beinamen: Die Grüne Hölle. Denn die Bezeichnung Hölle hat sich dieses Gebiet reichlich verdient.

Der gesamte Chaco hat eine Ausdehnung, die größer als Deutschland ist. Er besteht aus endlosen Prärien, Urwäldern, Gruppen von Kokospalmen und aus dichtem Gehölz, das man Quebrache (Eisenholz) nennt. Neben den Petroleumquellen, die erst in jüngster Zeit festgestellt worden sind und eine der entscheidenden Ursachen für den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay bilden, ist dieses Eisenholz der wertvollste Besitz des Chaco, denn es besitzt (daher sein Name) eine außergewöhnliche Widerstandsfähigkeit und ist daher als Bauholz und zur Herstellung von Eisenbahnschwellen sehr begehrt. Die Quebracheindustrie ist in Paraguay der bedeutendste Erwerbszweig. In zahlreichen Fabriken wird aus diesem Holz

Tannin gewonnen, das in der ganzen Welt in den Gerbereien Verwendung findet. Auch Baumwollpflanzungen sind im Gran Chaco-Gebiet zu finden.

An den Ufern des Paraguayflusses liegen friedliche Siedlungen, auch von Deutschen; Landwirtschaft und Viehzucht sind dort zu Hause. Hier gibt es seit einigen Jahren auch zahlreiche Dorfgemeinden von deutsch-russischen und deutsch-kanadischen Kolonisten, sogenannte Mennoniten-Kolonien, deren Bewohner mit Rücksicht auf ihre reli-

Wir beginnen heute mit einer Artikelserie, in der ein deutscher Proletarier über seine

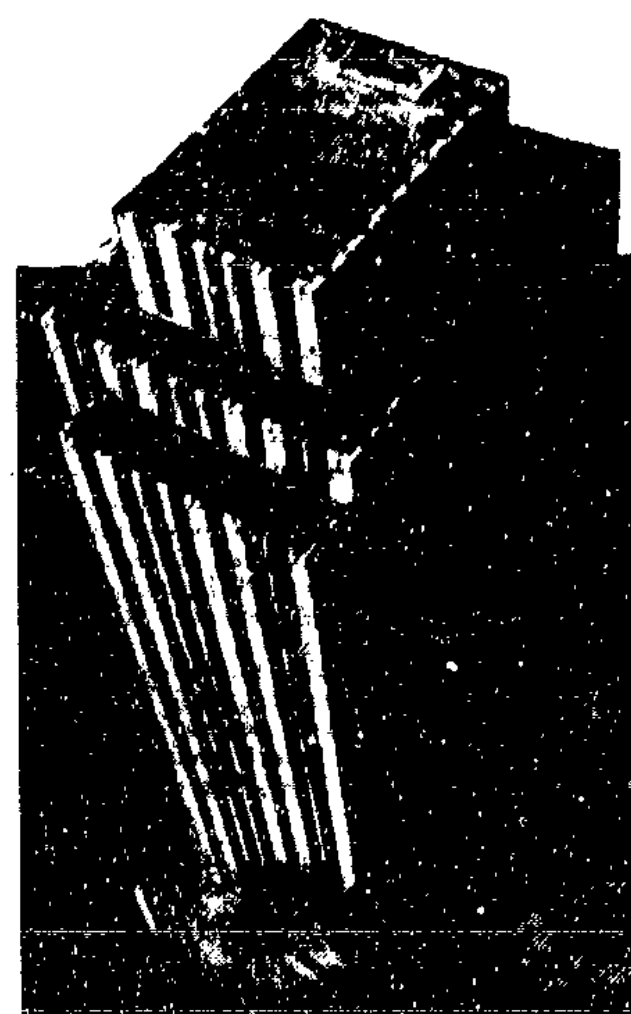
Erllebnisse in Südamerika

berichtet. Seine Berichte, denen nur eigene Eindrücke zugrunde liegen, führen uns in Gegenden, deren soziale Struktur von besonderem Interesse für uns ist und die zugleich der Streitgegenstand imperialistischer Gegensätze sind.

In den nächsten Nummern der SAZ werden wir diese Veröffentlichung in loser Folge fortsetzen.

große Ueberzeugung vom Staate Paraguay vom Eid in jeder Form und vom Militärdienst befreit worden sind.

Viel schlechter geht es den Menschen, die im Innern des Gran Chaco wohnen. Zunächst wegen der furchtbaren Feindschaft, die unheilvoll zwischen Indianern und Weißen herrscht und beide gleichmäßig bedroht. Die weißen Ansiedler schieben jeden wilden Indianer nieder, der ihnen begegnet, und die Indianer überfallen die Siedlungen und Karawanen und Forschungs Expeditionen der Weißen; wer will heute noch untersuchen, auf welcher Seite die größere Schuld liegt? Jedenfalls ein sehr trauriges Kapitel.



Es ist nicht das einzige. Von hundert Gefahren und Drangsalen sind die Bewohner dieser Grünen Hölle umgeben. Da ist der Wechsel von gewaltigen Überschwemmungen und furchtbaren Trockenheit, da ist die Malaria das Gelbe Fieber. Da ist vor allem die furchtbare Moskitoplage, unter der alle Bewohner schwer leiden. Die Moskitos sind wahrscheinlich auch die Ursache der sehr verbreiteten Krankheit Granas del Chaco, die meist die Füße und Unterschenkel bis zum Knie mit eitrigen Wunden bedeckt; monatelang schleppt man sich damit herum.

Keineswegs angenehmer sind die Sandflöhe (Pique), schwarze Punkte, die man kaum mit bloßem Auge erkennen kann; sie setzen sich unter die Zehennägel, unter die Haut der Fußsohlen und Ballen und legen dort Eier ab. Man bemerkt sie erst spät, wenn bereits schmerzhaft eitrige Entzündungen entstanden sind. Mit einer Nadel muß man dann das Nest herausheben, sehr behutsam, damit es nicht etwa reißt und die Eier sich an anderer Stelle festsetzen. Auch Petroleumbäder verschaffen Linderung.

Eine andere Plage sind die Bichos Colorado, winzige rote Zecken, die sich unter die Haut setzen und furchtbar jucken. Ach, all die Plagen Ägyptens, von denen uns in der Bibel berichtet wird, scheinen sich im Gran Chaco zusammengefunden zu haben. Und die Menschen haben dieses Gebiet noch mehr zur Hölle gemacht. Doch davon später (Fortsetzung folgt.)

Unvetterschäden in Transvaal

Haboom Spruit (Transv.), 21. November.

Bei einem überaus heftigen Gewitter, das von schwarzem Hagelschlag begleitet war, wurden 2000 Schafe, 400 Stück Rindvieh und rund 30 Ziegen getötet.

Der „Radio-Wolkenkratzer“ der Rockefeller-Stadt fertiggestellt

Der gewaltige 31 Stockwerke hohe Wolkenkratzer der New Yorker Rockefeller-Stadt, der in diesen Tagen fertiggestellt wurde. Der riesige Bau, der nur einen kleinen Teil des Rockefellerschen City-Projekts ausmacht, wird dazu dienen, einen Sender und verschiedene Unternehmungen, die mit dem Rundfunk im Zusammenhang stehen, aufzunehmen.

Was nützen Ihnen aber diese Bauten? Aus der kapitalistischen Sackgasse kommen sie nicht heraus.

Die entmenschte Mutter

Ein weiterer Mordversuch der Mutter an der 6jährigen Rosemarie Boddin aufgedeckt

Berlin, 21. November.

(N.B. Eigene Meldung). Der entmenschte Mutter, der 23jährigen Frau Martha Boddin, die im Laufe des heutigen Nachmittags immer noch verhaftet wurde, ist jetzt ein weiterer Mordversuch an ihrer kleinen Tochter nachgewiesen worden. Eine Zeugin meldete sich bei der Mordkommission und gab an, daß sie bei einem Besuch Mitte August beobachtet habe, wie die Kleine sich übergab und dabei Stecknadeln ausspuckte. Sie vermutete, daß die Mutter dem Kinde die Stecknadeln „eingesgeben“ habe. Frau Boddin wurde daraufhin erneut verhaftet. Unbewegte gab sie dieses gemeine Verbrechen zu, das sie in seinen Einzelheiten schilderte. Die entmenschte Mutter hat jetzt eingestanden, daß sie ihr Töchterchen mit Absicht und Ueberlegung habe töten wollen. Es war ihr nur darauf angekommen, die 4000 Rmk. der Lebensversicherung zu erhalten, um dann von ihrem Manne wegzugehen und ihren früheren unstaten Lebenswandel wieder aufzunehmen.

Einsturzunglück in der Warschauer Kreuzkirche

Warschau, 21. November.

In der Warschauer Heiligen Kreuzkirche, einer der größten Kirchen der Stadt, die an der Hauptverkehrsstraße steht, ist heute vormittag während der Andacht im Presbyterium der steinerne Euthoden eingebrochen. Zwölf Personen sind in die vier Meter tiefer liegende Gruft hinabgestürzt und haben schwere Verletzungen davongetragen. Es entstand eine Panik. Nur durch energisches Zutreten des Geistlichen, der zur Ruhe mahnte, ist es zuzuschreiben, daß eine weitere Ausbreitung der Katastrophe vermieden werden konnte.

Wieder ein großes Schadenfeuer in Lodz

Lodz, 21. November.

Die größte Dampfmaschine von Lodz ist in der vergangenen Nacht durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es lediglich, die in der Nähe der Brandstätte stehenden Silos vor dem entsetzten Element zu retten.

Erst vor zwei Tagen war die Stadt Lodz von einem großen Schadenfeuer heimgesucht worden. Wie gemeldet, war die Großfabrik „Cytryn Nachfolger“ vollständig niedergebrannt.



„Käufliche Liebe“

Ein Kapitel, über das man in breiten Kreisen auch heute nicht gern spricht, sondern allenfalls tuschelt. Da es sich aber um ein Uebel handelt, das durch die neuen Polizeiverordnungen nicht beseitigt, sondern nur verschleimt werden kann, hat die Zeitschrift „Der Weg der Frau“ sich ausführlich in seiner neuesten Nummer mit der Frage der Prostitution auseinandergesetzt. Namhafte Aerzte und Sozialpolitiker, wie Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Else Fester, Dr. Max Hodann u. a., sind mit Beiträgen vertreten. Die Nummer ist bei allen unseren Litvertriebsleuten zu haben.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die Mütter

Einigemal am Tag kommen die Mütter und geben ihren Kleinen die Brust. Sie setzen sich auf niedrige Schommel neben die Bettchen, an die Wand, überall hin, wo ein freies Plätzchen ist. Sie sind sauber gewaschen, fast festlich gestimmt, seltsam in sich versunken, und in ihren Augen sehe ich verhaltene Zärtlichkeit, feierliche Klarheit und Traurigkeit, Traurigkeit, trotzdem sie in diesen Augenblicken gerührt lächeln und von einem Staunen erfüllt zu sein scheinen, wenn sie zu fühlen beginnen, wie sich ihre Kraft in die Kleinen ergießt. Sie lassen ihre aufgequollenen, zuckenden, weichen Brüste mit den Warzen, die Erdbeeren gleichen, aus den Blusen und Hemden schnellen. Das Kleine brüllt: „a-a-a-a“, packt die Brust gierig mit den Lippen bohrt sie Näschen, seine Wangen, seine Finger in sie hinein und grunzt vor Genuß. Die Mutter erstarrt von irgendeiner inneren Welt überflutet, lauscht konzentriert in sich hinein. Liebes Mütterlein, du hast etwas während Kühsches an dir Bezaubert von ihrem Vertiefen in sich selbst, bin ich oft nicht imstande, mich von diesem Anblick loszureißen. In solchen Augenblicken empfinde ich stets ein qualvolles Zittern in meinen Brüsten, die sich zu beleben beginnen und sich nach einem Säugling sehnen. Mir ist, als füllten sie sich mit Milch. Die Mütter schweigen und drücken ebenfalls nach Milch. Auch ihre Hände sehen jetzt anders aus als gewöhnlich während ihrer Arbeit, es ist, als wären sie von neuem geboren; ihre

Finger bekommen eine eigene, undefinierbare Sprache, die Worte nicht haben will und nicht erträgt. Die Blicke der Mütter begegnen einander und verschmelzen im gemeinsamen Wellenschlag. Oft können die Frauen diesen inneren Ansturm nicht aushalten. In ihren Augen zittern dann strahlende Tröpfchen, und sie beginnen seltsame, ungewöhnliche Worte der Liebe zu stammeln, die in der Sprache des Alltags nicht leben. Das ist die Sprache der eigenartigen mütterlichen Poesie, die nur diesen beiden, in eins verschmolzenen Geschöpfen verständlich ist.

„Mein Söhnchen, mein Augüpfelchen, mein Goldfischchen...“

„Töchterlein, Lieblein, Goldulein...“

Manchmal kommt mir dieses mütterliche Stammeln wie ein Fieberphantasieren vor, es kommt mir vor, als spielten Erwachsene Kinder, dann kitzelt Fröhlichkeit mein Herz. Ich blicke sie dann an und lache, aber auch mein Lachen ist kein gewöhnliches, ich lache hell und kindlich. Die Mütter aber fühlen sich nicht beleidigt, und die warmen Tröpfchen in ihren Augen glänzen hell.

„Krieg du ein Kind, Liebste, still es... dann wirst du erst wissen, wo dein Herz steckt... dann wirst du spüren, was Fleisch und Blut ist...“

Diese Frauen sind windgebräunt, und die tägliche Arbeit spiegelt sich auf ihren Gesichtern als verinnerlichte Nachdenklichkeit und Lebenskenntnis wider. Es scheint, als wären diese Gesichter voller Schwiele, als wären die Falten auf ihren Stirnen für das ganze Leben tief eingeprägt, als sähen ihre Augen etwas, was ich nicht sehe, sie strömen Opferfreudigkeit, klare, strenge Ruhe und Leid aus. Wenn sie mit mir sprechen, sehen sie mich irgendwie von der Seite an, oder gerade in die Augen, forschend, alle Sinne fest beieinander. Sie fischen mit einem Finger die Mundwinkel ab, voll Teilnahme, und ich spüre, daß sie schon vorher wissen, was ich denke, was ich sagen werde. Sie lächeln mich herablassend an, wie ein Kind, das von einem Dingen stammelt, ohne ihre Kompliziertheit und ihren Sinn zu verstehen. Ich habe mich schon mit ihnen eingelebt, und sie

hängen an mir. Ich fühle aber, daß zwischen ihnen und mir irgendeine Leere ist; sie haben irgendwelche Gefühle, Gedanken, die mit meinen nicht übereinstimmen, und ihre Seele bewegt irgend etwas, was uns gegenseitig abstoßt.

Der Kindergarten

Während sie ihre Kleinen stillen, gehe ich in das anstoßende Zimmer, in den Kindergarten, Vielstimmiges Kindergeschrei wirbelt aus der Tür in den Gang, einzelnes Aufquietschen, einzelne Aufschreie. Das ist die Zeit des Frühstückes oder des Mittagessens. Die Kinder tragen graue Hemdchen, sie sitzen auf kurzbeinigen Hockern, den gleichen, auf denen die Mütter die Kinder stillen, vor zwei runden, sehr niedrigen Tischen. Diese Tische, umkränzt von unruhigen, nicht einen Augenblick still sitzenden Kindern, gleichen großen Sonnenblumen. Vor jedem dieser Spatzen steht ein Teller mit Essen. Ungeschickt und gierig vertilgen sie es, manche hantieren mit Holzlöffelchen, manche voller Eifer mit allen Fingern. Sie stoßen einander, sind ausgelassen, zanken sich. Die Kinderfrauen gehen rund um die Tische und schaffen Ordnung. Diese hellhaarigen, dickwangigen kleinen Menschen lieben mich sehr, sie hängen sehr an mir; es genügt, daß ich in der Tür erscheine, und schon springen sie von ihren Sitzen auf und fliegen mir rasch wie Vögel mit ohrenbetäubendem Gequietsche entgegen. Wie ein Bienenschwarm umringen sie mich, zwitschern, packen mich an meinem Kittel, strecken leidenschaftlich ihre Händchen nach mir aus und fordern meine Aufmerksamkeit, meine Liebe, einen Blick, ein Lächeln. Tragödien und stürmische Triumphe vollziehen sich hier vor mir. Dort brüllen und streiten, beißen und schlagen vor Verzweiflung jene um sich, die sich nicht zu mir vorwärts konnten, sie kommen sich wie Verschmähte vor, und die anderen, die Geschlagenen, kreischen vor Schmerz. Eifersucht tobt sich hier in den schwersten Formen aus.

„Geh fort! Ich will... Nicht du... Ich will...“

„Wanjka beißt... (ein durchdringender Schrei) Galja—al... Wanjka kneift...“

Warum stößt Manjka mit dem Hintern?...“ Die Lage muß ohne viel Zögern gerettet werden: Ich hebe die Arme und beginne, sie zu schütteln, als schüttelte ich den ganzen Ueberfluß meiner Gaben über die kleinen Köpchen aus.

„Was fällt euch ein, Kinderchen? Wir sind doch alle Freunde und lieben einander. Wie könnt ihr es zulassen, daß jemand von euch beleidigt wird? Wanjka ist doch älter als Manjka, sie ist doch klein und schwächlich.“

Die gewohnten Schreie ertönen: „Gib uns die Hand! Gib uns die Hand!“ „Galja, erzähle uns was... vom/ Aeroplan... erzähl uns vom fliegenden Teppich.“

„Manjka stößt wieder mit dem Hintern... pfui Teufel!“

„Und wenn... sie stößt ja immer mit dem Hintern wie ein Froschl!“

Lautes Lachen.

„Der verfluchte Petjka hat alle Scheren fortgenommen... hat sie in seine Schürze gesteckt... Er sagt, alles gehört ihm... wir müssen Gericht über ihn halten... schaut mal, wie dick sein Bauch ist...“

Petjka schaut uns türkisch die Stirn runzelnd, von der Seite an und strampelt mit Armen und Beinen.

„Nun Kinderchen, ihr seid doch Kommune. Ihr seid alle gleich, alles gehört euch gemeinschaftlich, alles gehört jedem... Haben denn die Erwachsenen hier ihr Eigentum: haben sie ein Pferd, eine Kuh, eine Maschine? Petjka stöhnt, daß du wirst dich schneiden, wirst dir den Bauch aufschneiden.“

„Pfui Teufel!“

„Väterchen hat einen Mantel, der nur ihm gehört...“ — schreit eines der Kinder mutwillig und s'gesegewill. „Und Mutter hat neue Schuhe...“

„Und meine Mutter hat einen Ring... einen Ring und auch Ohringe...“

„Und ich hab eine Puppe...“ — a—a—al... — prahlt ein kleines Mädchen mit dem Stolz einer Besitzerin. „Niemand hat eine... nur ich! Ja—a—a! Vater hat sie mir aus der Stadt mitgebracht... sie hat Zähne und Augen...“

(Fortsetzung folgt.)

Der Grad des Massenelends

ADGB-Statistik über den zweijährigen Lohnraub

Zu Anfang des Jahres 1930 sprachen es die Unternehmer durch den Reichsverband der Deutschen Industrie zum ersten Mal offiziell aus, daß sie, um den Kapitalismus zu retten, die Löhne der deutschen Arbeiter radikal senken würden. Rund 30% Lohnkürzung war ihre Parole. Die Arbeiterschaft glaubte damals, und gerade die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie versuchte es ihnen, daß das noch alter Scharfrichterhammer nur ein Schreckschuß sein sollte. 30% Lohnabbau wären ganz undenkbar, denn erstens würden sich die Unternehmer damit ins eigene Fleisch schneiden, weil sie damit die Kaufkraft der Konsumenten herabmünderten, und zweitens würde gerade die deutsche Arbeiterklasse sich so etwas niemals gefallen lassen.

Heute ist der generelle 30-prozentige Lohnabbau nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern durch einen noch stärkeren Lohnraub bereits überholt.

Nach den Lohnstatistiken des ADGB lag der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Arbeiter (der jeweils höchsten Lohnstufe) schon am 1. Januar d. J. um 10,3% niedriger, als im Dezember 1931 und um 17,5% niedriger als im Dezember 1930. (Nach der Statistik des ADGB ist im Verlauf des Jahres 1930 durchschnittlich noch keine tarifliche Lohnverschlechterung eingetreten.)

Im Januar 1932 setzten dann neue Lohnkürzungen ein, und im Juni 1932 lag der Spitzen-Durchschnittslohn bereits 22,2% unter dem des Jahres 1930. Die Statistik des ADGB ist bisher erst bis Juni veröffentlicht. Seitdem wurden die Löhne weiter gesenkt, und es trat die durch die Papen-Notverordnung den Unternehmern bei Neueinstellungen bis zu 50% bewilligte Lohnkürzung für die 31. bis 40. Arbeitsstunde in Kraft. Auch ohne genaue statistische Unterlagen geht hieraus hervor, daß das Programm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 100-prozentig durchgeführt worden ist.

Geht man aber die ADGB-Statistik im einzelnen durch, so zeigt sie, daß in manchen Arbeitergruppen, vor allem

bei den Bauarbeitern die Löhne allein von Januar bis Juni 1932 bis zu 34% gekürzt

worden sind. Es ergibt sich ferner, daß die Tabelle nur Industriearbeiter umfaßt, und daß die den Durchschnitt noch mehr nach unten beeinflussenden Landarbeiterlöhne gesondert registriert werden. Die tariflichen Landarbeiterlöhne bewegten sich bereits im Juni 1932 nur zwischen 39,27 Pfg. pro Stunde (männliche Arbeiter in der Provinz Sachsen) und 16 Pfg. (weibliche Arbeiter in Rheinhesse). Diese Zahlen umfassen auch den in Geld umgerechneten Deputatlohn; an barem Geld erhielten die Landarbeiter noch weit weniger. Der niedrigste Industriearbeiterlohn ist in der ADGB-Statistik für Juni 1932 für die ungelerneten Eisenbahner verzeichnet, und zwar mit 56,6 Pfg. Der Männer-Durchschnittslohn für 42 Berufsgruppen betrug 84 Pfg.

Für die Arbeiterinnen

ist eine besondere Lohnstabelle, aber nur von 15 Berufsgruppen, aufgestellt. Hiernach wurden diese Löhne, die an sich schon unglücklich niedrig sind, weniger gekürzt als die der Männer. In derselben Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ (Nr. 45), die diese Statistik bringt, stellt indes Judith Grünfeld in einem Artikel über Frauenarbeit und Frauenlöhne fest, daß sich im letzten Jahre die Lohnspanne zwischen den Männer- und Frauenlöhnen in vielen Industriegruppen noch vergrößert hat. Sie führt als Beispiel die Metallindustrie an, wo der durchschnittliche Arbeiterinnenlohn im Oktober 1931 noch 62,3% der Löhne der gelernten und 71,9% der angelernten Metallarbeiter betragen habe, gegenüber 60 bzw. 67,6% im März 1932.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Statistik des ADGB die Lohnverhältnisse günstiger darstellt als sie in Wirklichkeit sind. Sogar die amtlichen, vom Statistischen Reichsamt angestellten Erhebungen ergeben niedrigere Löhne als die ADGB-Erhebungen. Nach der amtlichen Statistik betrug der Durchschnittslohn des männlichen Facharbeiters (auch hier ist nur die höchste Altersstufe berücksichtigt) im Juni d. J. 81,8 Pfg. gegenüber der ADGB-Durchschnittsberechnung von 84 Pfg. sogar unter Einschluss angelernter und ungelerner Arbeiter in verschiedenen Industriezweigen. Der durchschnittliche Stundenlohn für männliche angelernte Arbeiter betrug nach der amtlichen Statistik am 1. Juni 69,1 Pfg., für männliche Hilfsarbeiter 63,6 Pfg., für weibliche Fach- und angelernte Kräfte 53,3 Pfg. und für Hilfsarbeiterinnen bis 44,1 Pfg.

Die amtliche Statistik ist bereits bis September 1932 veröffentlicht. Danach sanken die Durchschnittslöhne weiter für männliche Facharbeiter auf 81,1 Pfg., für männliche Angelernte auf 68,7 Pfg., für Hilfsarbeiter auf 63,4 Pfg., für weibliche Fach- und angelernte Kräfte auf 53,2 Pfg. und für weibliche Hilfsarbeiter auf 44 Pfg.

Auch diese Löhne sind durch den neuen Abbau bereits überholt, der Wochenlohn ist außerdem weiter durch Kurzarbeit und Feierschichten stark beeinträchtigt worden. Rechnen wir für September 1932 eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden, was angesichts der Kurzarbeit nicht zu hoch gegriffen ist, so ergibt sich bei einem Wochen-Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter (Facharbeiter, Angelernte und Ungelernte) von 71,1 Pfg.

ein tariflicher Brutto-Wochenlohn in der Spitze von 28,44 Mk. und für die Frauen von 19,44 Mk.

Die SPD aber behauptet in ihrer Wehlagitation zum 6. November wiederholt, daß der durchschnittliche Arbeiterlohn unter der von

der SPD tolerierten Brüning-Regierung noch 50 Mk. betragen hätte (!), während er unter der Papen-Regierung auf 41 Mk. gesunken sei. Auch hier zeigt sich die arbeiterschädigende Schönfärberei der SPD wieder in ihrer ganzen Kräßheit!

Die Unternehmer denken auch heute nur an Lohnabbau und keineswegs an Lohnerböhlungen. Diese werden, wie das schon Karl Marx bewiesen hat, von den Unternehmern niemals freiwillig gewährt, sondern sie müssen stets von den Arbeitern erkämpft werden. Dieser Kampf erfordert heute, in der Nieder-

gangsepoche des Kapitalismus, andere Mittel als in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, aber er bleibt notwendig. Das Versinken der Massen im Pauperismus, von dem Karl Marx ebenfalls schon gesprochen hat, ist bereits in vollem Gange. Kein Arbeiter will den Untergang in die Barbarei, alle werden sich für die andere Alternative entscheiden: Aufbau des Sozialismus. Das aber erfordert, daß die Arbeitermassen weiteres Zurückweichen vor dem Klassenfeind ablehnen und sich zum Kampfe rüsten und stellen. —ch.

Der DMV Breslau ehrt seine Jubilare

Am Sonnabend fand im Gewerkschaftshaus eine Jubilarefeier der Kollegen und Kolleginnen statt, die dem Deutschen Metallarbeiterverband der Verwaltungsstelle Breslau 1932 volle 25 Jahre ununterbrochen angehören. Es waren 155 Kollegen und 3 Kolleginnen, die im Jahre 1907 dem Verband beigetreten und ihm die Treue bewahrt haben. Insgesamt hat die Verwaltungsstelle 1163 Mitglieder, die dem Verband 25 Jahre und darüber angehören.

Das Festprogramm wurde nur von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ausgeführt. Es hatte durchweg proletarischen Charakter, war aktuell und trug zur Aufklärung, Verschönerung, Erheiterung und Unterhaltung der Festteilnehmer und Jubilare in gleicher Weise und gut passend bei.

Der „Männerchor Breslau“ umrahmte das Fest mit seinen besten proletarischen und heiteren Liedern und hatte aufmerksame dankbare Zuhörer. Die Metallarbeiterjugend fand mit ihren Sprechchören und sonstigen Vorträgen, besonders mit dem Prolog, vorgelesen von dem Kollegen Eitel Ludwig, große Zustimmung. Die Leistungen der Metallarbeiterjugend verdienen höchste Anerkennung. Großen Anklang, Heiterkeit und Beifall fand auch der Kollege Rettig, unterstützt von seinen Helfern, mit seinen lustigen und politisch satyrischen Vorträgen. Zwei weitere Verbandskollegen zeigten, was sie in der „Freien Turnerschaft“ gelernt haben. Mit ihren humoristisch-artistischen sportlichen Leistungen erzielten sie große Heiterkeit und viel Beifall. Die Hauskapelle des Gewerkschaftshauses spielte fröhliche Weisen zum Tanz auf, an dem auch die Jubilare sich lebhaft beteiligten.

Die Festrrede hielt der Kollege Ziegler. Er betonte, daß 25 Jahre dem Verband anzugehören, seine Beiträge zu bezahlen, für den Verband arbeiten und Opfer zu bringen, schlechte und gute Zeiten mitzumachen, abwechselnd Aufschwung und Niedergang zu beobachten, Siege und Niederlagen, glänzende Beispiele proletarischer Solidarität, Einigkeit, Geschlossenheit und Kampfgeistes, aber auch Perioden der inneren Zwietracht, des Haders und des schädlichen und schwächenden Bruderkampfes zu erleben und nie in seiner gewerkschaftlichen Überzeugung zu schwanken,

bedeutet vorbildliche Hingabe, Treue, Selbstlosigkeit, Disziplin und Charakterstärke für die Sache der Arbeiter, für den Verband. Er dankte den Jubilaren für diese Hingabe und Treue im Namen aller Mitglieder und fuhr dann fort: In dieser Zeit der geistigen Verwirrung, der Verelendung, treten viele reaktionäre Gestalten, falsche Propheten, Volksbetrüger und Deinagogen auf, die die Arbeiter verwirren, uneinig machen und versuchen, ihre Organisationen zu schwächen und zu zerstören. Der Verband ist heute notwendiger denn je. Er gibt den Arbeitern in diesen Sturmzeiten in jeder Lebenslage einen festen Halt. Die Einheit und Einigkeit der Arbeiter tut not. Einig wird die Arbeiterschaft mit der Reaktion fertig in Uneinigkeit und Schwäche wird sie von der Reaktion geknechtet, unterdrückt und verelendet. Kollege Ziegler schloß mit den Worten: Wir wollen nicht nur Unterstützung zahlen, wir wollen nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig gestalten, so notwendig diese Dinge sind. Unser Ziel ist: Die kapitalistische Welt des Unrechts, der Ausbeutung, des Elends und der Unterdrückung zu beseitigen. Nur wenn wir dieses Ziel erreichen — und wir erreichen es, wenn wir einig und geschlossen den Befreiungskampf der Arbeiter führen — werden wir mehr Lebensfreude, mehr Lebensglück und ein schöneres, freieres Leben erlangen. Hoch die Gewerkschaften! Hoch die Solidarität! Hoch die Freiheit! Es lebe der Sozialismus!

Der Kollege Seewald dankte im Namen der Jubilare allen Mitwirkenden, die dazu beigetragen haben, den Jubilaren diesen schönen Ehrenabend zu bereiten. Die Jubilare werden weiter kämpfen und alles tun, um den Verband groß und stark zu machen.

Die Feier verlief in erhebender Stimmung. Manche alte Erinnerung wurde ausgetauscht. U. a. trafen sich zwei Kollegen, die miteinander bei Trelenberg gelernt, als Lehrlinge miteinander in den Verband eintraten, sich seit der Lehrzeit nicht mehr sahen, erst jetzt nach Jahrzehnten wieder bei der Jubilarefeier trafen. Die Freude des Wiedersehens und Wiedererkennens war groß und war nicht zuletzt durch die Verbandstreue der Beiden beeinflusst. Es war ein proletarisches Fest, wie es sein soll.

Steinsetzerstreik

in Breslau

Uns wird geschrieben:

Seit Wochenfrist befinden sich die Breslauer Steinsetzer und Rammer im Streik. Anlaß dazu gab ein Schiedsspruch des Landesschiedsrichters, der einen 7%igen Lohnabbau vorsch. Die Unternehmer glaubten sogar, uns einen 22%igen Lohnabbau als Weihnachtsgeschenk in den Schoß zu legen, trotzdem innerhalb eines Jahres

arbeiten ausgeführt werden, in deren Submissionspreisen der alte Tariflohn einkalkuliert ist. Durch die mustergültige Handlung und Geschlossenheit der Kollegen wurden die Unternehmer in nicht geringen Schreck versetzt und beantragten sofort die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beim Arbeitsministerium, wo die Verhandlungen am 22. November stattfanden.

In unverantwortlicher Weise glaubte die RGO den Streik für Propagandazwecke auszunutzen, indem sie versuchte, die Streikversammlung zu sprengen, in der Hoffnung, einen Teil unserer Kollegen durch Händeklatschen und „Rot Front“-Rufen von der Tatkraft der RGO zu überzeugen. Mancher Kollege, der bisher noch mit der RGO sympathisierte, wurde durch das nachfolgende Verhalten im Streik eines Besseren belehrt.

Da die RGO in keiner Weise ausreichend Streikunterstützung zahlen kann, versucht die Leitung der RGO ihre im Streik befindlichen Mitglieder in unverantwortlicher Weise in Arbeit zu bringen. Sie gestattete ihren Mitgliedern, ohne schriftliche Erklärung des Unternehmers zur Fortzahlung des alten Lohnes, in Arbeit zu treten. Zum glatten Streikbruch wurde die RGO bei einer Firma, wo unsere Kollegen restlos wegen Nichtzahlung des alten Tariflohnes im Streik stehen, indem sie ihrem Mitglieder Robert Fabisch gestattete, die bestreikte Baustelle weiterzuleiten, und außerdem sind dort noch vier weitere Mitglieder der RGO in Arbeit getreten. Es sind dies die Steinsetzer Max Walter, R. Liehr, Emil Lukas und Max Kawig. Wie dieses schändliche Verhalten mit dem sonstigen Geschrei der RGO zu vereinbaren ist, bleibt jedem denkenden Arbeiter selbst überlassen.

Den Mitgliedern der RGO rufen wir freien Gewerkschaftern aber zu, daß diese Enttäuschung nicht die letzte sein wird. Nur der Zusammenschluß und klassenbewußte Arbeit aller Berufskollegen im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bietet die Gewähr, daß ihre Interessen erfolgreich verteidigt werden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Kunstturnen Dresden—Breslau

am Sonntag, den 27. November, in der Lessingturnhalle.

Mitwirkende: Vereinschulklassen, Abt. II, Arbeiter-Mandolinistenbund.

Einlaß 15.30 Uhr, Beginn des Konzerts 15.45 Uhr, Beginn des Wettkampfes 16.30 Uhr.

Eintritt: Sitzplatz 40 Pf., Stehplatz 25 Pf.

schon 25% Lohnabbau vorgenommen wurden. Eine Urabstimmung im Tarifbezirk ergab eine Ablehnung des Schiedsspruches, worauf die Breslauer Steinsetzer und Rammer geschlossen am 15. November die Arbeit niederlegten, bis auf die beiden Steinsetzer Grossert, Gustav, Margaretenstraße, und Schmidt, Gustav, Dürrgoystraße, welche bis heute nicht zu bewegen waren, mit ihren Kollegen Schulter an Schulter zu kämpfen.

In der am 16. November stattgefundenen Streikversammlung wurde beschlossen, bei den Unternehmern die Arbeit wieder aufzunehmen, die sich unerschränkt zur Weiterzahlung des alten Tariflohnes verpflichten, wozu sich auch einige Firmen bereit erklärten, was ihnen auch nicht schwer fallen wird, da fast ausnahmslos behördliche Ar-

Wie die Eiserne Front ihre Kassen füllt

Wahlen kosten Geld, Geld und nochmals Geld. Wer das nicht hat, der geht mit lahmen Beinen in den Wahlkampf. Das wissen wir ja selber gut genug. Das weiß auch die SPD, und weil der Wahlkampf für sie das A und O ihrer Klassenpolitik ist, sorgt sie beizeiten dafür, daß Geld in die Kasse kommt.

In der Auswahl der Mittel, um sich solches zu beschaffen, kennt sie keine Skrupel. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, öffentlich anzuprangern, wie die SPD ihre wirtschaftliche Macht ausnutzt, um ihren Wahlfonds auf Kosten von mehr oder weniger von ihr abhängigen Arbeitskräften aufzufrischen. Heute können wir wieder unseren Genossen von einem ähnlichen Vorgehen Mitteilung machen. Weht uns da der bekannte günstige Wind folgendes Rundschreiben auf den Tisch:

„12/32 Chemnitz, den 28. Oktober 1932. L/Kie.

An die Belegschaft der GEG-Niederlassung Chemnitz. W. K.

Die Reichskampfleitung der „Eisernen Front“ ist erneut an uns herangetreten betreffs Abführen von Kampfbeiträgen für die „Eiserne Front“. Es hat eine diesbezügliche Sitzung stattgefunden, und wurde beschlossen, für die hiesigen Beschäftigten die Beiträge nach nachstehend aufgeführtem Modus vorzunehmen.

Bei einem Bruttoeinkommen von	200—250 RM	1,50 RM
251—300 „	3,00 „	3,00 „
301—350 „	4,50 „	4,50 „
351—400 „	6,00 „	6,00 „
401—450 „	7,50 „	7,50 „
451—500 „	9,00 „	9,00 „
501—600 „	11,00 „	11,00 „
601—1000 „	15,00 „	15,00 „
über 1000 „	20,00 „	20,00 „
und Geschäftsführer	20,00 „	20,00 „

Die vorstehenden Beiträge sollen vorläufig für die Monate Oktober, November und Dezember 1932 abgeführt werden. Die technische Durchführung wird wieder wie vormals gehandhabt.

Kolleginnen und Kollegen, die sich daran nicht beteiligen wollen, müssen dies umgehend den Unterzeichneten melden.

Der Beitrag für Monat Oktober wird am 15. 11. zur Verrechnung gebracht, wovon wir ebenfalls bitten Kenntnis zu nehmen.

Freiheil!
Die Hammerschaftsführer:
gez.: Max Lämmel,
gez.: M. Gottwald.

Was an diesem Rundschreiben nebenbei bemerkenswert ist, das sind die „ganz annehmbaren“ Gehälter. Man muß sagen, ganz proletarische Gehälter sind das! Was die Geschäftsführer bekommen, das wird in christlicher Weise verschwiegen. Was aber solche Gehälter für Folgen haben können, dafür ist der Inhalt der „Konsungensensenschaftlichen Rundschau“ bededtes Zeugnis

Keine Kriegsschuldenstundung Ablehnung

Im USA-Parlament wahrscheinlich

New York, 21. November.

WTB. „New York Times“ stellt auf Grund von etwa 150 eingelaufenen Antworten von Kongreßmitgliedern auf eine Umfrage bezüglich ihrer Haltung zur Schuldenfrage fest, daß der Kongreß offenbar gegen jede weitere Verlängerung des Hoover-Moratoriums sein werde. Nicht eingelaufene Antworten legt „New York Times“ als Befürwortung einer Verlängerung oder Schuldenstundung aus. Die Mehrheit lehne also solche Vorschläge energisch ab, wogegen einige wenige nur ihre Ansicht von Besprechungen zwischen Hoover und Roosevelt abhängig machten.

Alle Meldungen aus den Vereinigten Staaten, die zu dieser Frage Stellung nehmen, lauten ganz ähnlich. Wird die endgültige Ablehnung der von England, Frankreich und andern Ländern Europas beantragten Zahlungstundung und Verlängerung des Hoover-Moratoriums Tatsache, so muß das die finanziellen wie politischen Schwierigkeiten in ganz Europa außerordentlich steigern.

Aus der Partei

Die Bezirksleitung Mittelrhein der SAP hat sich in einer Sitzung mit dem Ausschluß der Genossen Frank und Seigewasser beschäftigt und dazu einstimmig festgestellt, daß die Partei „nur in klarer Abgrenzung von SPD und KPD, im schärfsten Kampf gegen alle Liquidatoren gesunden und ihre Aufgabe im Interesse der deutschen Arbeiterklasse erfüllen“ kann. In der Angelegenheit des Genossen Fritz Lewy erklärt die Bezirksleitung, sich auf den Boden der Beschlüsse der Breslauer Genossen zu stellen.

Die Kölner Mitglieder der SAP haben in einer Generalversammlung nach Würdigung des Wahlergebnisses zu den Perspektiven der Partei Stellung genommen und beschlossen: „Die Kölner Mitglieder der SAP sind der Meinung, daß die weitere Verschärfung der Klassenkämpfe in Deutschland die Hilfloosigkeit von SPD und KPD weiteren Arbeiterschichten in aller Deutlichkeit offenbaren wird. Deshalb wird der Politik unserer Partei in Zukunft der Erfolg nicht versagt bleiben, vorausgesetzt, daß diese Politik den Grundsätzen der Prinzipienklärung und Parteivorstandes entspricht. Es wird Aufgabe des Parteivorstandes sein, darüber zu wachen, daß diese Voraussetzung unbedingt erfüllt wird.“ Im Zusammenhang mit den Angelegenheiten Frank Seigewasser und Lewy beschlossen die Kölner Genossen sinngemäß das gleiche wie die Bezirksleitung Niederrhein.